Nr. 61 13. Juli 1989

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

VORWORT

Ja, nun haben wir ja wieder den politischen Skandal! Die taz geifert in Höchstform ihre Lokalseiten voll, die Jusos planen die Ausrüstung einer paramilitärischen Schnellen Demo-Eingreiftruppe und die linksradikalen Zusammenhänge verwickeln sich in heftige STreitereien darüber, wie denn nun auf linksdemokratische Opferlämmer zu reagieren sei, die die Bullen mit ihrem Leib zu schützen versuchen. Oder weniger polemisch ausgedrückt: Ist es vertretbar, wegen der Absprachen aus vorhergehenden Bündnistreffen die Menschen am spontanen Handeln zu hindern? Und wie reagieren Menschen, die auf ihrem spontanen (und eigenverantworteten) Handeln bestehen wollen, auf diesen Bevormundungsversuch?

Was wir am letzten Samstagvormittag vor Schultheiß in der Hasenheide erlebt haben, ist sicher nur der Anfang einer inner-linken Zerreißprobe und vielleicht das Ende von antifaschistischer Bündnispolitik zwischen "Demokraten" und radikaler Linker. Schließlich: unseren militanten Handlungsspielraum dürfen wir nicht zur Disposition stellen, noch weniger dürfen verhandelnde Autonome die Militanz <u>anderer</u> zur Verhandlungsmasse machen. Dadurch erübrigt sich natürlich keineswegs die sorgfältige und kritische Diskussion unter uns über die jeweils angemessenen und vertretbaren Formen von Militanz.

Wir freuen uns, daß wir direkt zwei Tage nach der Schultheiß-Blockade zwei Beiträge zu den Ereigenissen gekriegt haben. Sie greifen den ersten genannten Punkt in einer heftigen Kritik u.a. an den autonomen Antifa-OrnderInnen auf, vernachlässigen allerdings den zweiten Aspekt. In den Papieren wird nicht danach gefragt, warum so viele von uns es so spät kapiert haben, daß eigentlich eine <u>Belagerung</u> des Schultheiß-Geländes bis zum Schluß des Parteitages die richtige Aktionsform gewesen wäre. Auch die Frage, ob es richtig und verantwortlich ist, einen Sturm auf das Gelände zu versuchen, müßte ja wohl mal diskutiert werden.
Vielleicht ist es ja möglich, die Geschehnisse auf der Nachbereitungs-VV am 17. (Montag) selbstkritischer von verschiedenen Seiten zu betrachten.

Der Vollständigkeit halber reichen wir nach den beiden Beiträgen noch einen Aufruf nach

Zum Rest der Zeitung hier nur das Nötigste:
In der letzten INTERIM hatten wir das Papier einer GEW-Gruppe gebracht, die die Verhöre von SchülerInnen angreifen, und anschließend einen Artikel aus der blz (Berliner LehrerInnen-zeitung) 7/8 zum GEW-internen Knatsch wegen der 1.Mai-Hetze nachgedruckt. Der Auztor dieses Artikels, Karl-Heinz Schubert, bittet uns um den Hinweis, daß dies ein Nachruck ist und er jetzt nicht neuerdings für die INTERIM schreibt! Zu den SchülerInnen-Verhören haben wir in dieser Nr. einen Mottenpost-Artikel nachgedruckt, den uns Karl-Heinz Schubert mitgeschickt hat. Wir danken ihm dafür und hoffen, seine Gewerkschaft verzeiht es ihm, daß er nun doch offen mit uns zusammengearbeitet hat! An weiteren Infos aus Gewerkschaftskreisen sind wir durchaus interessiert.

Zur kulturellen Bereicherung der INTERIM haben wir in dieser Ausgabe wieder etwas beizutragen. Bisher hatten wir (bzw. die mitgestaltenden LeserInnen) ja nicht so eine besonders glückliche Hand. Die Beispiele revolutionärer Dichtkunst haben nicht zu weiteren Versuchen geführt, den engen Rahmen des bürgerlichen Endreims zu sprengen. Und auch seit der Veröffentlichung einiger Beispiele fortschrittlichen Liedgutes wird in der Szene nicht mehr gesungen. Ist uns jedenfalls nicht aufgefallen.
In der vorletzten Ausgabe nun haben wir den Comic als zeitgemäßere Ausdrucksform für die politische Aussage neu ins Gespräch gebracht. Und schon hatten wir eine zehnseitige Aufarbeitung der Verfolgung und Verhaftung von Wolle und Claudia in Comic-Form im Briefkasten! Die Übereinstimmungen zwischen jenem kleinen tapferen Dorf und unserer realen Lebenswelt sind wirklich verblüffend, besonders die Ähnlichkeit von Wolle und Claudia mit ihren literarischen Vorbildern!
Da die VerfasserInnen den Comik in inkonventionellem Layout-Format gehalten haben, habt ihr jetzt gut Platz für Notizen und Korrekturen!

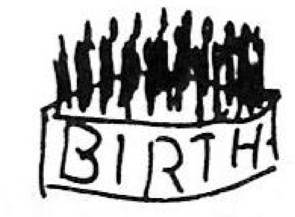
IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Eigendruck im Selbstverlag

INTERIM
GNEISENAUSTR.2a / 1000 BERLIN 61

WIR GRATULIEREN...







den Autonomen Antifas dazu, daß sie sich als zuverlässige und gewissenhafte BündnispartnerInnen bewährt haben. So gewissenhaft, daß sie es als ihre Aufgabe angesehen haben, jene unbelehrbaren Elemente, die den REP-Parteitag nicht nur verbal verhindern wollten, sondern die Parole "Verhindern wir den REP-Parteitag" doch tatsächlich ernstgenommen haben, eigenhändig zu bremsen.
Wenn die Bündnispolitik zur Verarschungspolitik gegenüber den eigenen Leuten wird, dann ist es Zeit, sich einige Fragen zu stellen. Wir glauben den Autonomen Antifas ja gerne, daß es im Rahmen ihres Bündnisses nicht möglich ist, die Aktionen gegen den REP-Parteitag (und Antifa-Aktionen überhaupt) auf eine militante Grundlage zu stellen. Das hatte auch niemand verlangt. Wir fragen uns allerdings, wieso sie sich auf eine Grundlage stellen (oder stellen lassen - im Bündnis), die Militanz ausdrücklich ausschließt.
Die Mobilisierung gegen den Parteitag war nicht nur vom tagelangen ängstlichen und distanziererischen taz-Gesülze gegenüber "möglicher Gewalt von seiten der DemonstrantInnen" geprägt. Auch die erste autonome VV war Ausdruck einer defensiven Herangehensweise.
Aber vor Ort kam's dann ganz dicke.

Am Abend vor dem Parteitag hattet ihr auf der zweiten VV gesagt, daß es im Bündnis Konsens ist, daß alle OrdnerInnen der verschiedenen Bündnisgruppen - sollte es zu einer Konfrontation kommen -"in die richtige Richtung schauen" - also in Richtung zu den Bullen. Und Leute, die etwas machten, müßten selbst verantwortlich für sich und die Situation damit umgehen. Wir haben das so verstanden, daß keine Gruppe im Bündnis Bullenfunktion übernimmt.
Als es dann tatsächlich zu einer Initiative kam, den Parteitag anzugreifen, als Leute anfingen, die Absperrgitter wegzudrücken, habt ihr euch gemeinsam mit anderen OrdnerInnen davorgestellt, um ein weiteres Vordringen zu verhindern. Ihr wißt genau, daß es eine viel stärkere Wirkung hat, wenn sich die "eigenen" Leute uns entgegenstellen. JedeN SPD- oder AL-OrdnerIn hätten wir zur Seite geschoben. Mit euch aber kam es zu ewigen nervigen Diskussionen vor Ort. Ihr habt mitgeholfen, die vorhandene Wut und Bereitschaft vieler Anwesender, aktiv gegen den Parteitag vorzugehen, zu neutralisieren.
Uns macht das wütend. Wir verlangen von euch ja nicht, selbst militante Angriffe gegen den Parteitag zu organisieren. Wir wissen, daß ihr mit der technischen Organisierung der Sache vollauf beschäftigt wart. Was wir aber verlangen ist, daß ihr ein Zusammenkommen verschiedener Aktionsformen solidarisch unterstützt und Anderen eigenverantwortliches Handeln zugesteht. Es geht uns hier also um die Haltung dazu.
Euer Interesse aber war, daß es nicht abgeht. Gegen einzelne Bullenprovos sich zur Wehr setzen, das mag ja noch angehen, aber offensiv gegen die Faschos vorgehen und damit notwendigerweise auch gegen die Bullen, die davorstehen und sie schützen, nein - das ist zu viel für's Bündnis (und damit wohl auch für euch).
Der Grund, warum gewisse "fortschrittliche" und linksreformistische Kräfte gegen Gewalt gegen Faschisten sind, hat nichts mit ihren Überlegungen zum "antifaschistischen Kampf" zu tun. Daß Gewalt nur den Rechten dient, ist eine Lüge. Abgesehen von einigen ehrlichen PazifistInnen geht es ihnen auch nicht um Gewaltfreiheit an sich, sondern darum, wer Gewalt gegen wen ausübt, was sie vor Schultheiß durch ihr

nicht gerade gewaltfreies Auftreten gegen Militante bewiesen haben. Worum es ihnen eigentlich geht, ist, daß militantes Vorgehen das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellt, und das wollen sie nicht. Die grundlegenden Machtsäulen des Staates dürfen nicht angegriffen werden, weil es ja schließlich auch ihr Staat ist (besonders der rot-grüne hier).

Militanz gegen Faschisten ist für uns kein Widerspruch zur Basisarbeit z.B. im Stadtteil. Den Gedanken der Militanz aus der antifaschistischen Bewegung zu entfernen, Radikalisierungen zu **verhindern**, ist das Projekt der Rot-Grünen und ihrer HelferInnen. Eine radikale antifaschistische Arbeit muß vermitteln, daß Militanz gegen Faschisten legitim und notwendig ist. Und das läuft nicht über 'ne Bilderbuchvorstellung von revolutionärer Arbeit - erst Inhalte vermitteln und dann, wenn alle "soweit" sind, auf zum letzten Gefecht. Sondern die direkte Aktion ist immer notwendiger Bestandteil der Praxis.
Am 8.Juli habt ihr dagegen gearbeitet. Klar, ihr habt nicht damit argumentiert, daß Gewalt schadet oder sowas, ihr habt gesagt, es bringt nichts, ihr seid zu wenige. Aber:

- Erstens tendieren Leute, die etwas nicht wollen, leichter dazu, eine Situation so einzuschätzen, daß es auch nicht geht.
- Zweitens, wie gesagt, gesteht den anderen eigenverantwortliches Handeln zu. Ihr seid doch nicht die oberste Entscheidungsinstanz!
- Drittens, die sog. Aussichtslosigkeit und Isolierung gab es nicht. Sehr viele Leute fanden sich schnell an den Gittern ein, als welche anfingen, sie wegzudrücken.

Dem Bündnis - und euch - ist es nicht gelungen, die Leute von da wegzukriegen, obwohl sich die Demo in Bewegung setzte und ununterbrochen dazu aufgerufen wurde, endlich nachzukommen. Es waren so viele Leute da, daß es zeitweise sogar eine Rückbewegung von der Demo gab und diese stehenbleiben mußte. Auf jeden Fall - eine politische Isolierung der Militanten, was ja geheißen hätte, daß sie sich von selber hätten verpissen müssen, weil sie unter sich gewesen wären, hat es nicht gegeben. So war der massive Bulleneinsatz die einzige Möglichkeit, den Platz freizukriegen.

Eine Jammerlinke, die sich auf das "Zusammenstehen" (im wahrsten Sinne des Wortes) aller antifaschistischen Kräfte beschänkt, hat keine Anziehungskraft. Schon gar nicht für diejenigen, die hier keine Perspektive haben (wie ausländische Jugendliche und z.B. auch die Jugendlichen in Gropiusstadt). Und um die geht es uns doch wohl auch, oder?

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Bündnisse, fragt sich nur, zu welchem Preis. Der Preis, militante Aktionen grundsätzlich auszuschließen, ist zu hoch. Eine Breite, die die staatlich verordneten Protestformen nicht verläßt, ist für'n Arsch. Die Fotos in der Presse sprechen für sich.

Wir lassen uns unsere Mittel im antifaschistischen Kampf nicht vorschreiben (auch nicht von der Autonomen Antifa)

Für die Selbstorganisierung gegen den Faschismus

Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft!

Einige autonome Antifaschistinnen und Antifaschisten

(was die politischen Hintergründe betrifft, verweisen wir auf den Faschismus-Teil der letzten Radikal, besonders auf das Papier "Faschismus - Sexismus" auf Seite 70 ff.)

WER HAT UNS VERRATEN...!

Einige Fragen und vorläufige Überlegungen zur Anti-Rep-Demo vom 8.juli.Verantstalter der Demo war das Bündnis gegen Faschismus,Rassismus UNd Sexismus.Im Bündnis sind u.a. vertreten:SEW,VVN?DGB?AL,Jusos,unabhängige Antifas und eine Gruppe von Leuten aus dem linksradikalen Spektrum,die wir ihrer Politik wegen im Folgenden als "Autonome Reformisten" bezeichnen wollen.
Bündnisse mit Reformisten sind immer eine Gradwanderung. Wie weit werden wir z.b. funktionalisiert,wenn wir auf DEmos die Masse an Leuten stellen,die Parteien sich aber an die Spitze setzen? Besonders fragwürdig muß aber ein Bündnis mit VERTRETERN von Regierungsparteien sein.Nicht erst seit sie den Sicherheits-gesetzen zugestimmt hat,ist doch klar auf welcher Seite die AL steht.
Welchen Nutzen kann die Radikale Linke aus so einem Bündnis ziehen ? Seitdem wir einen AL/SPD-Senat an der Macht haben,hat sich zwar die Politik hier in der STadt nicht wesentlich verändert,die Art wie POlitik durchgesetzt wird aber schon.Wo der CDU-Senat ausgrenzte, versuchen SPD/AL einzubinden.Für Demos heißt das,wer sich brav an die Auflagen hält,wer das Gewaltmonopol des Staates akzeptiert,wird aufgenommen in die Familie der Demokraten,die Anderen werden zu hirnlosen Gewalttätern erklärt.
War der 1.Mai 87 unter einem CDU-Senat Ausdruck einer berechtigten Wut gegen soziale Ungerechtigkeit,sehen die SPD/AL-Sozialstrategen, nun selbst an der Macht,im 1.mai 89 nur sinnlose Gewalt.
Auf der einen seite werden ~~Bulle~~-- Krokodilstränen über die Ausländerfeindlichkeit vergossen,andererseits werden Bullen auf türkische Kinder angesetzt (Vorfälle an der 5.OH Kreuzberg).
Die Anti-Rep-Demo wurde schon im Vorfeld zu einer "Bewährungsprobe" hochstilisiert.Nach AL und linken Projekten soll nun auch die Radikale Linke zum öffentlichen Abschwören von der Gewalt gebracht oder isoliert werden. "Ein Test für die Linke", (Taz).
Da erklären Angehörige des liberalen Bürgertums,das sie auf der Demo von Gewalt absehen werden,gleich daneben wird den Unverbesserlichen gedroht:
"Die Polizei ist gerüstet."Ein Dressurakt ist geplant. um die "Auszeichnung" Politigfähig zu bekommen,sollen AntifaschistInnen dazu gebracht werden einem Faschistentreffen tatenlos zuzusehen. Für dasBündnis war nun höchstes Ziel:eine friedliche Demo! Welche Rolle kann eine radikale linke Gruppe in so einem Bündnis eigentlich noch spielen?
Auf der einen Seite lockt die Anerkennung als politigfähig unter Aufgabe des eigenen Ziels:Faschistentreffen werden nicht hingenommen, auf der anderen seite eine vom Bündnis unabhängige Blockade mit radikaler Zielsetzung wodurch Mann/Frau sich vielleicht das Wohlwollen im Bündnis verscherzt. Die Waage schlug für das Bündnis aus.

Planung einer Demo nach dem Pätzoldmodell der Deeskalation

"deeskalattion ist das beste Mittel die Akzeptanz von Polizeieinsätzen zu erhöhen und Gewaltäter zu isolieren." SPd Papier zum 1.Mai.

Unter diesm nicht gerade autonomen Motto muß die Planung der Bündnisdemo gelaufen sein. Zwar wurde die Kundgebung vor der Hasenheide angemeldet, das war aber nicht so sehr ein Sieg der Autonomen Reformisten im Bündnis, sondern die Einsicht ,das sich an einen anderen Ort kein Mensch mobilisieren läßt. Um zu verhindern, daß es zu einer Konfrontation mit Faschisten kommen könnte, sollte die Demo nach zwei Stunden weggeführt werden.
Wohl auch ein Novum radikaler Antifapolitik!
Eine immer wieder ins Gespräch gebrachte Blockade des Parteitages konnte durch einen simplen Trick verhindert werden.
Die Faschisten kommen um 6, die Antifas werden zu 8 Uhr bestellt.
Zusätzlich zu den 15oo Bullen stellen die Bündnissgruppen eigene Ordner!
Ist es möglich, daß die Gruppe der Autonomen Reformisten noch immer nicht begriffen hatte was gespielt wurde? Dennoch!
Mit der Forderung das Bündnis darf auf keinen Fall platzen, bastelten die AR auf den VVs aus jeder Kröte einen Prinzen.
Obwohl sie es längst besser wissen mußten(selbst im Tagesspiegel war zu lesen, daß die Faschisten frühzeitg kommen würden) riefen die AR wieterhin um 8Uhr zur Blockade auf. Einwände wurden abgeblockt.
Die Demo, von der die AR selbst sagten sie sei von den Reformisten zum Zweck der Deeskalation geplant, priesen die AR als "inhaltlich unheimlich wichtig".
Sie verbreiteten Angst: "Die Bullen wollen sich vieleicht für den1, Mai rächen" und beruhigten dann: "Die Demo bleibt stehen wenn die Bullen angreifen." Vermutlich ein Erfolg zähen Ringens im Bündniss. Nur schade, daß die Bullen so was offensichtlich gar nicht vorhatten.
Wie sich das Bündniss allerdings zu Versuchen den Parteitag zu stören verhalten würde, das war auch durch intensives Fragen nicht herauszubekommen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der Ordner heruntergespielt. Die Äußerungen "Während der Demo kann nichts an uns vorbei laufen, alle Entscheidungen werden gemeinsam getroffen," kriegt im Nachhinein eine besondere Bedeutung.

Die Demo
Wie zu erwarten sahen nur einige die den 8Uhr Schmu nicht geglaubt hatten den Einzug der Faschisten. Der größte Teil kam planmäßig zu spät. Trotzdem wurde eifrig blockiert. Die RA gaben keine Informationen. Als gegen 9Uhr klar wurde daß die Faschisten unbehelligt in der Hasenheide tagten, fühlten sich nicht wenige zu Recht verarscht.
Überlegungen was in diesem Falle zu tun sei waren im Vorfeld abgeblockt worden. So waren die Versuche die Bullensperren zu durchbrechen leider völlig unkoordiniert. Und nun traten die Ordner in Aktion. Nicht nur Reformisten, auch die AR versuchten Leute an direkten Aktionen zu hindern. Zusammen mit AL und Jusos bliesen sie um 1o Uhr zum Abmarsch obwohl ein großer Teil der Demo augenscheinlich bleiben wollte. Unter Zustimmung der AR ging die Demo los.
Sie haben damit einer Spaltung zugestimmt.

Spalten heißt schwächen. Damit sind die AR den radikalen Antifas in den Rücken gefallen. Sie müssen sich überlegen wessen Politik sie eigentlich machen. Wir fordern sie auf:
VERLASST DAS BÜNDNISS EHE IHR NOCH MEHR SCHADEN ANRICHTET!
LEGT OFFEN WAS IHR POLITISCH VORHABT!

Ein Unterschied

Ein Faschist
der nicht sehr viel
mehr ist
als ein Faschist
ist
vielleicht
ein Faschist

Aber ein Antifaschist
der nicht sehr viel
mehr ist
als ein Antifaschist
ist
vielleicht
kein Antifaschist

wir schreiben dieses flugblatt unter anderem weil wir finden, dass der aufruf des anti-faschistischen bündnisses zu kurz greift.
wir finden es wichtig die REPS nicht nur als faschistische partei aufzuzeigen, sondern auch hintergründe und zusammenhänge klar zu benennen.

faschistische tendenzen in der gesellschaft, haben verschiedene gesichter (gentechnologie, flüchtlingspolitik, verschärfung der ausländer- und sicherheitsgesetze, isolationsfolter.....)
vorrangiges ziel der zunehmenden faschisierung ist dabei die profitmaximierung des kapitals, und seine herrschaft, dabei nach innen und außen abzusichern.

seit einigen jahren wird u. a. von den bürgerlichen parteien massiv rassistische hetze betrieben und ausländerinnenfeindliche parolen ausgegeben.(z.b. 1986 die lügen über die "asylantenschwemme" in den medien..)
ihre ziele sind dabei, ein potential in der bevölkerung aufzubauen, dass ihre krisenlösungspolitik mitträgt d.h. intensivierung der ausbeutung in der lohnarbeit und ausgrenzung von nichtverwertbaren teilen der bevölkerung z.b. durch kürzungen im sozialen bereich, zunehmende entgarantierung der arbeit, gesundheitsdeform..
zudem soll eine akzeptanz für die offene "aggresive" politik gegen die länder des trikonts geschaffen werden.

die organisierung dieses potentials innerhalb des bürgerlichen parteienspektrums, ist in den letzten jahren immer mehr an grenzen gestoßen, d.h. die alte parteienlandschaft hat abgewirtschaftet, während die radikale linke zum größten teil stark zersplittert und von der bevölkerung isoliert ist, und somit wenig anziehungskraft hat.

in dieser situation bekommen die Reps die rolle dieses potential zu bündeln und rassistische und faschistisches gedankengut zunehmend gesellschaftsfähig (parlamentsfähig) zu machen, was den kapitalisten ermöglicht eine darauf aufbauende politik weiter zu verstärken.

gleichzeitig gewinnen intergrationsparteien wie grüne oder al an bedeutung.
sie stellen sich als alternative zur herrschenden politik dar, stehen aber den profitinteressen des kapitals im wesentlichen nicht entgegen (häuseräumungen, einstimmig verabschiedete sicherheitsgesetze, hetze und diffamierung der autonomen organisierung am 1 mai oder 2o.4...) im großen und ganzen betreiben sie unter dem deckmantel von reformen, eine isolations und spaltungspolitik gegen die radikale linke.

wo die menschen immer mehr vereinzelt und isoliert leben, sich ihre lebensbedingungen mehr und mehr verschlechtern, die entfremdung zu sich selbst und in ihren beziehungen untereinander zunimmt, preisen ihnen die faschistischen organisationen eine ("volks") gemeinschaft an, mit der sie sich identifizieren können.

durch jahrelanges verschleiern der klassenwidersprüche durch die kapitalisten, in zusammenarbeit mit dem dgb, (sozialpartnerschaftsparolen), psychologen und stadtplanern, ist es gelungen gewachsene strukturen
und den organisierten widerstand (zb .kpd oder antifaschistische arbeiterräte in den betrieben) weitgehenst zu zerschlagen, wodurch eine ursprüngliche identifikation der menschen, über eine eigene "kultur von unten" und daraus ebenfalls resultierenden klassenbewußtsein fast unmöglich geworden ist.

zur grundstruktur dieser ideologie gehört auch das patriarchat, nur dass es schon jahrhunderte länger als wesentlicher stützpfeiler von unterdrückung und herrschaft gedient hat, als rassimus und hier quasi naturgesetzlich erscheint.
die "neue rechte" nennt diese grundlage ihres weltbildes " Bio-Humanismus" und ihr menschenbild das "biologische" realistische" "wissenschaftliche" oder "ganzheitliche" menschenbild der mensch sei ein primär durch biologische evolution, rasse und instinkte bestimmtes wesen, alle aufzustellenden normen müssten daher mit seinen "natürlichen" gesetzmäßigkeiten übereinstimmen.

natürliche gesetzmäßigkeit ist an erste stelle die "ungleichheit" der menschen, die angeblich wertfrei festzustellen sei, auf der aber das ganze patriarchale, rassistische welterklärungsmodell der "neuen rechte" basiert.
diese ungleichheit manifestiert sich zu allererst in der biologistischen wertung mann-frau.
über den "sexualtrieb" und den trieb der "art-und rassenerhaltung" entteht und festigt sich die ideologie der kleinfamilie als keimzelle des volkes.
die kleinfamilie reproduziert diese "volksgemeinschaft", darin hat die frau die aufgabe den mann zu reproduzieren und zu umsorgen und ihm als sexualobjekt zur verfügung zu stehen. sie soll gesunde ,deutsche bzw. weiße kinder gebären.

parallelen dieser ideologie zur gesellschaftlichen entwicklung werden in der aids-kampagne deutlich, die im endeffekt treue propagiert und zwangsheterosexualität festigen soll.
ein weiteres beispiel ist die abschaffung des § 218, und die massenprozesse gegen frauen in memmingen.
in humangenetischen beratungsstellen soll gleichzeitig nach verwertbar und nichtverwertbar selektiert werden.
aus diesem biologistischen weltbild heraus resultiert auch die ideologie der leistungsgesellschaft und im größeren maßstab die territorialansprüche gegenüber anderen ländern, einerseits durch offen geführte kriege, rohstoffabbau, schaffung von monokulturen in der ländern der drei kontinente, andererseits über die hauptsächlich wirtschaftliche "aushöhlung" und politische zusammenarbeit mit den warschauer vertragstaaten.

ein ziel der reps und anderen faschistischen organisationen ist ein "europa der vaterländer" mit der brd an der führung.
eine zusammenarbeit der organisationen gibt es dabei sowohl europaweit(reps mit der front national in frankreich, dem british movement aus großbritannien, der msi aus italien oder der griechischen epen..) als auch weltweit z.b. in der wacl (antikommunistische weltliga) oder carp..

in allen kapitalistischen ländern gibt es auch eine zusammenarbeit zwischen staat und fasch. organisationen.sie sieht je nach politische situation verschieden aus: todesschwadronen in süd-lateinamerika gegen die befreiungsbewegungen dort, paramilitärische faschistische organisationen wie die gal gegen den baskischen widerstand oder die ruk in nordirland.
ein beispiel für die zusammenarbeit zwischen faschisten und verfassungsschutz sind die von rechtsextremen verübte anschläge in einer hertie filiale während des hungerstreiks 1984/85

aufgrund von dem was wir im vorausgegangenen text geschrieben haben wird deutlich, dass wir in jedem gesellschaftlichen bereich mit sexistischen, faschistischen und rassistischen tendenzen konfrontiert sind (im knast z.b. die funktion der abschiebeknäste, der alltägliche rassimus und seximus gegen ausländische männer und frauen ,zum teil auch der gefangenen untereinander)
daraus folgt auch dass ein antifaschistischer ansatz der sich nur mit faschistischen organisationen befasst, viel zu kurz gefasst ist. am beispiel knast hieße das rassismus und sexismus innerhalb der knäste zu thematisieren ...
ein wichtiger pfeiler der antifaschistischer arbeit ist auch der versuch der herrschenden flüchtlingspolitik, abschottung gegen die länder des trikonts was entgegenzusetzen.

es gab in der letzen zeit ansätze von organisierung, die wir trotz fehlender längerfristigen stategie, gut fanden z.b. den 2o.4. wo wir mit türkischen leuten auf der strasse zusammengekommen sind, oder die zunehmende organisierung von schülern und schülerinnen einen antifaschistischen selbstschutz zu organisieren und bewußtsein über rassismus und sexismus zu schaffen.
einige internationalistische initiativen in diesem zusammenhang waren die störaktion gegen die veranstaltung der igfm auf dem kirchentag, die aktionen gegen den shellkonzern der internationalistischen zellen (auch wenn sie nicht so breit und militant aufgegriffen wurden wie in den niederlanden) bishin zur rz kampagne hier gegen imperialistische flüchtlingspolitik, mit dem ansatz verantwortliche firmen und institutionen, sowie schreibtischtäter zu entlarven und anzugreifen.

Was ist jetzt falsch von dem, was wir gesagt haben
Einiges oder alles?
Auf wen rechnen wir noch? Sind wir Übriggebliebene,
herausgeschleudert
Aus dem lebendigen Fluß? Werden wir zurückbleiben
Keinen mehr verstehend und von keinem verstanden?

Müssen wir Glück haben?

Du sagst:
Es steht schlecht um unsere Sache.
Die Finsternis nimmt zu. Die Kräfte nehmen ab.
Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben
Sind wir in schwierigerer Lage als am Anfang.

Der Feind aber steht stärker da denn jemals.
Seine Kräfte scheinen gewachsen. Er hat ein unbesiegliches Aussehen angenommen.
Wir aber haben Fehler gemacht, es ist nicht zu leugnen.
Unsere Zahl schwindet hin.
Unsere Parolen sind in Unordnung. Einen Teil unserer Wörter
Hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

So fragst du. Erwarte
Keine andere Antwort als die deine





Die Interim zum Massenblatt machen!!!

Es gibt schon einige Leute, die außer regelmäßig zur BZ oder TAZ auch mal zur Interim greifen, um mitzukriegen, was sich auf der Linken so tut. Ich finde es dann schade, wenn sie unsere Zeitung kopfschüttelnd beiseitelegen, weil bisweilen ihre wichtigen Inhalte hinter akademischen Worthülsen versteckt nur mühsam zu entschlüsseln sind. Zu oft werden etwa die Namen von wissenschaftlichen Autoritäten mitsamt ihren Zusammenhängen oder politszenetypische Abkürzungen als bekannt vorausgesetzt. So zum Beispiel in der laufenden Debatte zur "historischen Konstituierung des feministischen Subjekts" oder so ähnlich.

Auch ich hab keinen Spaß daran, mich mit dicken Wörterbüchern durch nen Text durchschleppen zu müssen, dabei bin ich sowas von meiner kurzen Uni-Zeit gewohnt.

Unsere Bilder vom Weg zur Befreiung sind nicht immer einfach, aber sie lassen sich einfach und menschlich darstellen, im Gegensatz zu den mystischen Verbrämungen der Rechtfertigung von Herrschaft. Wir brauchen nicht die spalterische und aufstandsvorbeugende bildungsbürgerliche "Hochsprache".

Vor Monaten hat die Redaktion mal den Abdruck von nem längeren Text verweigert, bis ihr ein zum Lesen anregendes Lay-Out hinterhergereicht wurde. Das hätte ich bei anderen Artikeln manchmal auch gut gefunden, nicht weil ich die VerfasserInnen ärgern will, sondern gerade weil ich ihren Texten weite Verbreitung wünsche.

Entsprechend wünsche ich uns, daß die Interims Artikel auf unnötige Unverständlichkeiten untersuchen und gegebenenfalls im Vorwort oder in einer Extra-Rubrik deren AutorInnen um eine Übersetzung für die nächste Ausgabe bitten. Versteht sich, daß die Verbreitung brandaktueller Texte dadurch nicht zu lange rausgezögert werden darf. Mein Vertrauen für solche Abwägungen und Entscheidungen haben die Interims.



Eine gut lesbare und wirksame Interim sollte überall da rumliegen, wo die Leute Zeit zum Lesen haben - - -

stadtweit in den Cafés, Kantinen, Jugendclubs ...

Die Sachen, die die Gruppe rev. PädagogInnnen "Edwin Hoernle" in der letzten Nr. geschrieben hat, bestätigen sich!

Dazu der MoPo Artikel.....

BM 30.6.89

Polizei: Türkische Schüler nicht als Spitzel eingesetzt

Als „völlig absurd“ und „aus der Luft gegriffen“ hat Polizei-Pressesprecher Jörg Müller die Behauptung zurückgewiesen, Kreuzberger Schüler würden von der Polizei zu „Spitzeldiensten“ herangezogen, um ihre Klassenkameraden zu verraten. Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) hatte am Mittwoch in einem Antrag an die Mitgliedervollversammlung behauptet, daß „an der 5. Oberschule Kreuzberg türkische Schüler zu Spitzeldiensten herangezogen“ würden, um Mitschüler „zu verraten, die an den Ereignissen am 1. Mai 1989 beteiligt waren“.

Ihnen sei ein Zettel in die Hand gedrückt worden, worauf sie zu einem Termin während des Unterrichts in ein türkisches Restaurant bestellt worden seien. Bei Pizza und Cola seien Befragungen erfolgt. Bisher seien 15 Schüler zusammengekommen, die jetzt der Polizei bekannt seien. Die Schüler seien nicht über ihre Rechte informiert, ihre Eltern nicht unterrichtet und ein Dolmetscher sei ihnen vorenthalten worden. Die GEW Kreuzberg – heißt es in dem Antrag – fordere „die sofortige Einstellung der als ‚Pizzaessen‘ getarnten Polizeiverhöre“.

Dazu Jörg Müller: „Am 30. Mai hat die Polizeiführung eine zehnköpfige Arbeitsgruppe aus Kripobeamten, Schutzpolizisten und einer Psychologin eingesetzt, die nach den Mai-Krawallen eine ‚Störer- und Gewalttäter-Analyse‘ erarbeiten soll.“

Bei den Recherchen zu den Hintergründen der Ausschreitungen seien Polizeibeamte und Journalisten, Politiker und Lehrer sowie Schüler und Jugendliche befragt worden. Ein Kontaktbereichsbeamter aus Kreuzberg habe im Zuge dieser Befragungen dem Sohn eines ihm bekannten türkischen Imbiß-Inhabers in der Reichenbergerstraße seine Visitenkarte gegeben.

Er habe den Schüler gebeten, interessierte Jugendliche und Klassenkameraden in das Geschäft seines Vaters einzuladen, um über die Mai-Krawalle zu sprechen. Dabei habe er dem Jungen einen Zettel mit Ort und Termin zum 22. Juni 12 Uhr mitgegeben.

Es seien 15 türkische Jugendliche erschienen, die freimütig ihre Ansichten über die Polizei äußerten. Ihre Namen und Adressen seien nicht notiert worden. Ihnen sei auch kein Fragenkatalog vorgelegt und sie seien auch nicht zur Bespitzelung ihrer Mitschüler aufgefordert worden. Für 15 Mark habe der Beamte bei dem Gespräch alkoholfreie Getränke, aber kein Essen spendiert.

Lutz-Peter Naumann

Hafenstraße bleibt!

Die Zeit drängt. Eigentlich sollten die Häuser schon abgerissen sein.

Der Hamburger Senat ist dabei, Schritt für Schritt Räumung und Abriß der Hafenstraßen-Häuser in die Tat umzusetzen. Wie bereits in Voscherau's Antrittsrede im September 1988 deutlich wurde, gehört es zur politischen Profilierungsstrategie des derzeitigen SPD/FDP-Senats, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Hafenstraße als einen Ort des Widerstands gegen die herrschenden Verhältnisse zu beseitigen.

"Mit allen Mitteln" heißt für den Senat, daß er nicht allein den langwierigen Weg des Mietrechts gehen will. Die Situation ist aktuell brisant, weil *jederzeit* vom Senat, gerade in der "Sommerpause", mit einem vorgeschobenen Anlaß (z.B. die "Begehung" der Häuser) eine Totalräumung und ein Totalabriß inszeniert werden kann. Deshalb wollen wir gerade jetzt in der Zeit ständiger Bedrohung mit einer Demonstration unseren gemeinsamen Widerstand auf die Straße tragen.

Die vom Senat am 26. Mai 1989 inszenierte bürgerkriegsähnliche Situation um die Häuser in der Hafenstraße hat dies unmißverständlich deutlich gemacht: Aufmarsch von ca. 3000 Polizisten aus 4 Bundesländern (u.a. BundesGrenzSchutz und SonderEinsatzKommando) mit Wasserwerfern, Räumpanzern, Abrißbirnen.

Ein Teil der BewohnerInnen war auf "rechtlicher" Grundlage (Wohnwagengesetz von 1959) herausgegriffen worden, um einen Anlaß (Räumung der Bauwagen) zum Aufmarsch gegen alle zu haben. Als die BewohnerInnen den Grund für den Einsatz beseitigten und die Bauwagen wegbrachten, provozierte die Einsatzleitung auf Biegen und Brechen weiter: gezielte und lebensgefährliche Wasserwerfer-Einsätze, Fluten von Wohnungen, um sie unbewohnbar zu machen, Durchsuchungsbefehle wegen des Senders; all dies mit dem Ziel, die Gegenwehr der BewohnerInnen und der UnterstützerInnen zu provozieren, um dann eine Räumung nach dem Sicherheits-, und Ordnungsgesetz (SOG) zu legitimieren.

Mit der Stilisierung der Hafenstraße zum "rechtsfreien Raum" werden dabei die Relationen in grotesker Weise verkehrt: Während am anderen Ufer der Elbe Waffenschiebereien im großen Stil ablaufen und ein paar Schritte von der Hafenstraße entfernt mafiose Großkriminalität in Sachen Rauschgift-, und Menschenhandel, Schutzgelderpressung und Zuhälterei blühen, wird jedes aufgebrochene Auto im Umkreis der "bewußten" Häuser zur Sensationsmeldung in der Boulevardpresse aufgebauscht. Der jetzige Senat ist überdies dazu übergegangen, mit der CDU um die Lufthoheit über den Stammtischen zu wetteifern. Damit wird rechten Gewaltphantasien und Verleumdungen Vorschub geleistet.

Diese Politik instrumentalisiert und verstärkt willentlich ohnehin vorhandene Intoleranz und Vorurteile. Sie trägt zur Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas bei, welches jegliche Möglichkeit der kritischen Auseinandersetzung untergräbt und das besorgniserregende Erstarken rechter bis neofaschistischer Strömungen begünstigt.

Der Großeinsatz wegen der Bauwagenräumung war der bisherige Höhepunkt in einer Reihe von Angriffen gegen die BewohnerInnen auf verschiedenen Ebenen: Die HEW verweigern vertraglich zugesicherte Stromanschlüsse, dies wird dann zum Grund für nicht ordnungsgemäß bestehende Mietverträge erklärt; die Sozialbehörde stellt Mietzahlungen mit der Begründung ein, es handle sich um Wuchermieten (abgesehen davon, daß hier mit falschen Zahlen hantiert wird, sind die Mieten ja nicht von den BewohnerInnen erfunden worden, sondern Teil der Vertragskonstruktion); die Hafenrand GmbH kündigt den Pachtvertrag (der Senat hat sie speziell dafür gegründet). Die Post verlegt keine Telefonanschlüsse mehr. Zivilfahnder gehen gegen angebliche Straftaten einzelner BewohnerInnen vor, die sie selber inszeniert/provoziert haben...und...und... und

Veranstaltung	**12.7.89**	**19 Uhr**	**Markthalle**
Demo	**15.7.89**	**11 Uhr**	**Mönckebergstraße/ Höhe Petrikirche**

Diese Taktik des Senats ist nicht neu, sondern den BewohnerInnen schon gut bekannt aus den Jahren 1985-1987. Auch mit dem Vertragsabschluß im November 1987 haben die Senatsparteien ihre langfristige Räumungsabsicht nicht aufgegeben. Dies zeigt die Vertragskonstruktion:

Bei Vertragsverstößen einzelner BewohnerInnen kann der ganze Vertrag gekündigt werden. Die zunächst zur Eigentümerin bestimmte "senatsferne" Lawaetz-Stiftung wird durch die senatseigene Hafenrand GmbH ersetzt, weil sie die vom Senat geforderte Kündigung des Pachtvertrages nicht ausspricht. Die Hafenrand GmbH holt dies nach. Der Vertrag dient jetzt als öffentlich akzeptable Grundlage für eine "rechtsstatliche" Räumung. Zur Beschleunigung des Zeitplans werden dann weitere Gesetzt bemüht: das Wohnwagen-Gesetz von 1959 für die Bauwagenräumung und das SOG als permanente Drohung und als Hebel für die endgültige Räumung.

Unternehmen Hamburg...

"Standort Hamburg" , das ist das Schlagwort für die Politik der Umstrukturierung. Ein wichtiger Baustein dieser Politik ist die HGV (Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung). In dieser staatlichen Holding-Gesellschaft sind die öffentlichen Betriebe und Unternehmen unter einem Dach zusammengeschlossen (z.B. Hafenrand GmbH, Sprinkenhof AG, Messe- und Congreß AG, Hamburger Hochbahn AG, u.a.). Neu hinzu kommen werden demnächst die Wohnungsverwaltungs-Gesellschaft Nord (mit 10000 ex-Neue Heimat Wohnungen) sowie die Stadterneuerungs- und Entwicklungsgesellschaft (STEG), die aus der Baubehörde ausgegliedert wird. Darüber hinaus bietet das senatseigene Unternehmen 'Hamburger Gesellschaft für Wirtschaftsförderung' interessierten Firmen aus Transport-, Kommuinikations -, HighTech-, und Dienstleistungsbranchen aktive Ansiedlungsunterstützung (Gewerbeflächen, Subventionen).

Der Standort Hamburg soll für die in den sogenannten zukunftsorientierten Industrie, und Dienstleistungsbetrieben zu Beschäftigende Anreize zum Umzug nach Hamburg bieten: luxussanierte Altbauten in reizvoller Lage (d.h. in den alten, gewachsenen Stadtteilen) mit einem passenden Freizeit- und Kulturangebot (z.B. Phantom-Oper, Kneipen / Kultur-Szene in Ottensen usw.). Umstrukturierung zum "attraktiven Standort Hamburg" bedeutet auch, daß die zur alten ökonomischen Struktur Hamburgs (Maschinenbau, Fischverarbeitung, Werften, Hafen) gehörenden BewohnerInnen fehl am Platze sind und aus den gewachsenen Vierteln in Innenstadt-Nähe (dies ist nach dem Sprachgebrauch des Senats jetzt die "westliche Innenstadt") vertrieben werden sollen.

...und die Hafenstraße

Vor diesem Hintergrund wird auch klar, warum die Räumung der Häuser in der Hafenstraße für den Senat so dringend ist. Die Hafenstraße ist sichtbares Beispiel des Widerstands gegen eine Stadtpolitik, die Menschen nur als verplan- und berechenbare Elemente in einem funktionalen, ökonomischen Zusammenhang sieht. Die BewohnerInnen der Hafenstraße haben gezeigt, daß sie ihre Vorstellungen von Leben, Arbeiten, Wohnen usw. verteidigen wollen und können.

Daß dieser Kampf erfolgreich sein und breiten Widerstand mobilisieren kann, haben die Ereignisse im November 1987 bewiesen. Damit ist der Kampf um die Hafenstraße zu einem Signal auch für andere Stadtteile geworden: Der erfolgreiche Kampf gegen die Phantom-Oper im Schanzenviertel gehört ebenso in diesen Zusammenhang wie der zunehmende Widerstand gegen die Privatisierung von Wohnraum (Neue Heimat, Umwandlung von Mietshäusern in Eigentums-Wohnanlagen usw).



Bebauungsplan St. Pauli 35

In die Umstrukturierung des Hafenrandes fügt sich die geplante Bebauung der Hafenstraße ein. Schon 1983 hat ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten (Gibbins & Partner) ergeben, daß die Bausubstanz der HafenstraßenHäuser erhaltenswert ist; die Kosten ihrer Instandsetzung liegen weit unter denen von Neubauten. Dennoch sollen die Häuser nach dem Bebauungsplan St. Pauli 35 abgerissen werden. An ihrer Stelle sind neue Wohnhäuser mit neoklassizistischen Fassaden und Zink- oder Kupferdächern in Nachempfindung der Geschichte geplant. Die "exponierte Lage" und der "touristische Brennpunkt" (B-Plan) müssen entsprechend exklusiv die Kapital- und Weltstadt repräsentieren.

Strukturveränderung am Hafenrand

Wenn es nach den Plänen des Senats geht, wird es vom Övelgönner Museumshafen bis zur Kehrwiederspitze, von Altona bis St.Pauli-Süd in den nächsten drei Jahren zu einer totalen Umstrukturierung kommen.

An der Kehrwiederspitze will die kanadische Royal Trust Bank ca. 300 Mio. DM für den Bau von 80.000 qm Bürofläche investieren. Die Quartiersleute müssen aus der Speichestadt weichen, um - passend zur Bebauung der Kehrwiederspitze - die Speicherstadt in Yuppie-Wohnungen und eine Boutique/Kneipenmeile zu verwandeln. Am Baumwall hat sich da schon einiges getan. Hier baut der Gruner & Jahr Verlag zur Zeit auf einem Riesenareal eine Multi Medien-Stadt. Die England-Fähre wird in Richtung Fischereihafen verlagert, das alte Kühlhaus soll ein Hotelkomplex werden.

Im Kielwasser dieser Entwicklung schwimmen die Immobilien-Haie. In den ursprünglichen ArbeiterInnenvierteln St. Pauli, Altona und Neustadt sind enorme steuerfreie Gewinne zu holen. Nach den Plänen von Kapital und Senat soll der Hafenrand mit riesigen Investitionen umstrukturiert werden, für die bisherige Wohnbevölkerung ist dann kein Platz mehr am Hafenrand. Mit den Arbeitsplätzen bei Gruner & Jahr und an der Kehrwiederspitze werden sich Leute mit höherem Einkommen in St.Pauli, Altona und der Neustadt breitmachen.
In die Umstrukturierung des Hafenrandes fügt sich die geplante Bebauung der Hafenstraße ein. Schon 1983 hat ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten (Gibbins & Partner) ergeben, daß die Bausubstanz der Hafenstraßen--Häuser erhaltenswert ist; die Kosten ihrer Instandsetzung liegen weit unter denen von Neubauten. Dennoch sollen die Häuser nach dem Bebauungsplan St. Pauli 35 abgerissen werden. An ihrer Stelle sind neue Wohnhäuser mit neoklassizistischen Fassaden und Zink- oder Kupferdächern in Nachempfindung der Geschichte geplant. Die "exponierte Lage" und der "touristische Brennpunkt" (B-Plan) müssen entsprechend exklusiv die Kapital- und Weltstadt repräsentieren.

Die Häuser in der Hafenstraße sind kein "alternatives Wohnmodell" und ihre BewohnerInnen kein "exemplarisches Kollektiv". Sie stehen sichtbar für Wege und Möglichkeiten, sich gemeinsam und selbstbestimmt mit der herrschenden sozialen und politischen Wirklichkeit, mit ihren Widersprüchen, Bedrohungen und Machtstrukturen auseinanderzusetzen.

Das ist zuerst gelebter Widerspruch gegen Ausbeutung, gegen Konsum als Ersatz für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Widerstand gegen die alltägliche Fremdbestimmung, Kampf gegen Drogen als Lebenströster und gegen die Dealer. Das heißt auch, Bezüge über die Hafenstraße hinaus zu entwickeln. So arbeiten BewohnerInnen zusammen mit NachbarInnen in einer Stadtteil-Initiative gegen Drogen in St. Pauli. Der Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße - zunächst ein Bündnis zur Verteidigung der Häuser - hat weitergehende politische Ziele unterstützt und entwickelt wie in Initiativen zur Unterstützung des palästinensischen Volksaufstandes oder im Kampf für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

All die bedeutet eine Konfrontation mit den herrschenden Interessen. Darin gibt es eine Aussicht auf Erfolg nur dann, wenn Viele für ihre gemeinsam für ihre eigenen Interessen kämpfen.

Im gemeinsamen Kampf liegt die Möglichkeit, ihre Umstrukturierung zu blockieren.

Für den Erhalt und Ausbau gewachsener, lebendiger Nachbarschaften!

Für selbstbestimmtes und selbstverwaltetes Leben!

Die Hafenstraße muß bleiben, gemeinsam die Hafenstraße verteidigen!

Deshalb kommt zur Demo am 15.7. in Hamburg!

Letztes Vorbereitungstreffen ist am Freitag, 14.7., um 19.00 in der Volxküche-Hafenstraße

WIE KAM DAS EI AN DIE BACKE VON JÖRN ZIEGLER?

VERSUCH EINER EINSCHÄTZUNG ZU AKTIONEN GEGEN DIE IGFM AUF DEM KIRCHENTAG UND EIN WENIG EIGENLOB

Die Aktion gegen die IGFM auf dem Kirchentag schätzen wir als vollen Erfolg ein.

Da uns einige Menschen gefragt haben, ein paar Sachen zu erklären, nun hier sind sie.

Ziel der Aktion war die IGFM politisch anzugreifen, aus unserem Verständnis als Widerstand hier.

1) Die IGFM sollte nicht zu Wort kommen.

2) Wir wollten die Veranstaltung von einer Veranstaltung mit der IGFM in eine über sie umdrehen.

Beides haben wir erreicht. Zur IGFM ist genug gesagt, und warum es keinen Dialog mit ihr geben kann, ist auch klar.

Im Vorfeld hatte es Artikel in diversen Zeitschriften und Zeitungen gegeben, ein offener Brief war in der AL Hauspostille TAZ veröffentlicht worden. Es gab eine Info Veranstaltung im LAZ (bei der auch zwei IGFM Spitzel anwesend waren) und vier Schautafeln zum Thema, die die Tage vorher zu sehen waren.

Die Kirchentagsleitung hatte trotz mehrerer Appelle verschiedenster "Dritte Welt" Gruppen, keine Anstalten gemacht, die Veranstaltung abzusetzen. Ihr Argument war, sie wolle die IGFM auf dem Podim entlarven. Wie das gehem sollte bei zwei Apartheid Spezialisten (van Bouven und Lienemann), die so gut wie keine Ahnung über die IGFM hatten, sei dahingestellt. Kirchentagspräsident Simon gestand sogar ein, daß, die Poiumsveranstaltung, eine gewisse Aufweetung für die IGFM darstelle. Dagegen setzte die IGFM den CSU-MdB Höffkes als Anwalt des Publikums gegen eine Frau aus der Anti Apartheid Bewegung durch.

Wer entlarvt hier wen?

Also das Vorfeld war bereitet, alle Argumente bei uns, die Frage war, wie durchsetzen?

Klar war, daß die IGFM aus dem letzten Kirchentag, wo ihr Stand umfiel, großes Kapital schlug, indem sie sich als Märtyrer darstellen konnte und von unserer Seite die Sache kaum erklärt wurde. Das sollte diesmal anders sein und der IGFM möglichst schwer gemacht werden, sich als Märtyrer darzustellen.

Gleichzeitig war klar, daß es schwierig sein würde, vor ca 6.000 Leuten zu agieren, und daß sich dort fast ausschließlich Peacenix und ein Haufen IGFMler befinden würden. Klar war aber auch, daß der Kirchentag keine Eskalation wollte und die Bullen nicht holen würde (Außer vielleicht wenn wir Ziegler geklaut hätten. Da der aber nicht sein Gewicht in Kohlen wert ist, haben wir das verworfen.) Es galt also mit Argumenten und gegebenenfalls flexibel agieren zu können.

Unsere Idee war es eigentlich, daß jemand von uns um Aufmerksamkeit zu Beginn für ein Theaterstück bittet. Mehrere Leute als Contras verschiedener Coleur wollten sich dann bei der IGFM für ihre tatkräftige und finanzielle Hilfe bedanken. Das hätte einge Zeit gedauert. Dann wäre das Wort an einen Moderator unserer Wahl übergeben worden, der das Publikum um Aufmerksamkeit bittet, erklärt, warum kein Dialog, was das mit dem Kirchentag zu tun hat usw usf. Wieder Zeit rumgekriegt. Dann wäre das Wort an zwei "Betroffene" ehemals von der Contra entführte weitergegeben worden, die inhaltlich was zu Contra-Unterstützung, Apartheid, Faschismus Vorwurf, Geschichte und zu IGFM Ehrenpräsident Martin als Ex Generalbundesanwaltschwein gesagt hätten. Wieder wäre Zeit gewonnen gewesen. Die Grundlage für eine Veranstaltung über die IGFM wäre gegeben gewesen.

Für den Fall, daß das nicht klappt, waren GenossInnen vorbereitet, auch technisch zu gewährleisten, daß das so nicht anders über die Bühne geht.

Natürlich kam es ganz anders.

Dr. Meynrich, der um die Aufmerksamkeit bitten wollte, wurde der Saft abgedreht, die Contras gingen in den erwartungsvoll vor der Bühne wartenden Massen unter. Als sie auf das Podium wollten, versuchten christliche Pfadfinder mit "einfacher körperlicher Gewalt" oder so ähnlich, sie daran zu hindern.

Die ganze Angelegenheit ging sofort in das über, was wir Phase vier genannt hatten, wenn ale Stricke reißen, also die Besetzung der Bühne.

Nachdem IGFM Sprecher Ziegler gefarbbeutelt war, wurde er von einem strahlenden Contra in den Arm genommen, der das einsetzende Blitzlichtgewitter wenigstens für ein Dankesfoto nutzen wollte. Entsetzt suchte Ziegler das Weite., während ihm noch etwas Ei von der Backe triefte (laut Selbstdarstellung der IGFM mußte er 1 1/2 Stunden bei 25 Grad in einem Auto warten, so daß das Ei an der Backe antrocknete).

Über Megaphone wurde nun versucht, etwas Ordnung in die Sache zu bringen (Ziegler, Höffkes und Kirschnereit waren geflohen) aber da einigen christlichen Pfadfinder- und Maltserhilfsdientfreizeitbullen all ihre Gewaltlosigkeit abfiel, ging das Gedrängel um die besten Plätze noch ein wenig weiter. Laut einem Kirchentagsbesucher waren einige von diesen von der IGFM mitgebracht worden. Leider wurde Dr. Meynrich ob seiner guten Tarnung für ein Kirchentagsfunktionär gehalten und kriegte auch Farbe ab. Nachdem dem Kirchentagsvizepräsidenten u. Leiter der Veranstaltung, Prof. Huber, klargemacht werden konnnte, daß seine Veranstaltung nun vorbei sei, wir aber auf jeden Fall noch über die IGFM reden wollten, kriegten wir ein drahtloses Mikrophon. Die Verbundenheit der anderen Mikros mit allem Irdischen war von VerkabiungsgegnerInnen mit der Drahtschere gelöst worden.

Der ehemalige Diskussionsleiter Huber warf sich zu allem Überfluß dann auch noch in den Kampf um das neue Mikro, hatte aber außer ein paar kleiderschrankähnlichen Pfadfindern keine Argumente.

Schließlich konnte das Publikum, von dem einge mittlerweile das "Halleluja von Taizeh" sangen, überzeugt werden, doch ein Weilchen zuzuhören. Ihnen wurde erklärt warum und wieso. Die beiden "Betroffenen" meldeten sich zu Wort. Diesen Moment hatten wir als wichtig eingeschätzt, da von den dort anwesenden Christen jedem der beiden, ob der durchmachten Leiden das moralische Recht eingestanden werden mußte, über die Unterstützer der Contra zu reden. So war es auch und hier kippte lie Stimmung.

Den KirchentagsbesucherInnen, von denen ein nicht unerheblicher Teil sich durch die Aktion gegängelt fühlten, weil sie nicht ihrem Liberalitätsverständnis von Ausredenlassen entsprach, merkten, daß ab nun "nur noch" geredet werden würde. Nun würde also nichts mehr passieren, was irgendwie mit Gewalt zu tun hätte.

Bis hier war eine knappe Stunde vergangen und nun konnten wir sowas wie Volkstribunal machen. Sehr zum Ärger der Kirchentagsleitung, weil diese gar nicht vorgesehen hatte, daß jemand der nicht auf dem Podium war, hätte zu Wort kommmen sollen. Stattdessen aber strömten nun Leute zum Podium und erzählten warum sie nichts von der IGFM halten, oder einfach von deren Methoden.

Einige fanden die Aktion von uns nicht gut und sagten das auch so, wieder andere wußten nicht so recht, fanden aber die IGFM unmöglich. Einige sagten, daß sie unser Auftreten als Gewalt empfänden, erhielten aber heftige Widerrede von anderen, die darauf hinwiesen, daß da auch die strukturelle Gewalt der Kirchentagsleitung in Form der Podiumsbesetzung und dem geplanten Ablauf der Veranstaltung im Spiel war.

Auch ein Verteter des Südafrikanischen Kirchenrates (der den ANC unterstützt) hielt nichts von der IGFM, da sie nicht über Menschenrechtsverletzungen an Schwarzen rede, sondern die Rassisten unterstützt.

Ein Vertreter vom DED erzählte, daß die IGFM nach der Ermordung Tonio Pflaums durch die Contra in Nicaragua die Lüge verbreitet hatte, er wäre bewaffnet gewesen und hätte somit selber schuld an seinem Tod.

Eine Genossin sagte was zu Menschenrechten hier und der Doppelzüngigkeit der Herrschenden, für die Isolationsfolter das natürlichste der Welt ist.

Es kam auch noch ein RCDSler zu Wort, der wohl etwas deprimiert über Volkes Stimme erklärte, dies wäre nun nicht mehr sein Kirchentag, wegen Gewalt und so. Ein IGFMler erdreistete sich gar zu erzählen, der IGFM Generalsekretär Agrusow wäre gar kein Kriegsverbrecher, sondern wäre selber Gefangener gewesen.

Vor allem aber kamen irgendwelche Leute aus dem Publikum, nicht als Verteter von irgendwas und konnten allen sagen, was sie so von Gott und der Welt und der IGFM hielten. Ein Gutteil der Leute kritisierte zum Teil recht heftig die Leitung des Kirchentages, wegen ihrer Doppelzüngigkeit. Einmal wegen dem Profilieren in Richtung Anti-Apartheid, aber andererseits trotz Zusage, Konten bei Südafrika unterstützenden Banken nicht zu kündigen. Kritik gab es auch wegen der Vorbereitung zu der Veranstaltung selbst, da sie eine deutliche Aufwertung der IGFM bedeutet habe.

In jedem Fall ist allen Anwesenden klar geworden um was für einen Verbrecherhaufen es sich bei der IGFM handelt, und welche Rolle sie bei der Bekämpfung der um ihre Freiheit kämpfenden Völker spielt.

ınschätzung:

1) Erfolg, denn:

Wir haben von uns aus gehandelt.

Wir hatten günstige Bedingungen.

Wir hatten gute Vorarbeit geleistet.

Es waren doppelt soviele Leute aus unserem politischem Umfeld da als wir erwartet hatten.

Wichtig war, daß in der Aktion eine kleine Gruppe, die das Vertrauen der Vorbereitungsgruppe hatte, entscheiden konnte, was als nächstes passieren sollte, um so flexibel reagieren zu können.

Es ist uns sogar zum Teil gelungen, Leute aus dem Publikum zu überzeugen und sie tendenziell rüberzuziehen. Es hat auch kaum jemand die Veranstaltung verlassen.

Es ist gelungen, durch das Zusammenwirken vieler Leute aus unterschiedlichen Spektren (Autonome, Antiimps, Antiapartheid-, Kirchengruppen usw.) eine erfolgreiche Aktion zu machen. Es gab keine gegenseitige Anmache, geschweige denn eine Distanzierung von der erzwungenen Podiumsbesetzung oder dem Eigelb an Zieglers Backe. Wie schon bei den Anti-IWF-Aktionstagen hat sich gezeigt, daß es möglich ist, aus einem breiterem Spektrum heraus zu agieren. Und hierin sollten wir auch eine Perspektive für uns sehen, vor allem um Spaltungen u. Distanzierungen, wie sie der rot-grüne Senat zu schüren versucht (s. SPD-Paper in der INTERIM Nr.58), vorzubeugen und entgegenzuarbeiten.

2) Fehler:

Trotz des obengesagten wußten viele im Vorfeld nicht Bescheid, was geplant war und stürmten deshalb schneller, als wir gedacht hatten, das Podium. Unter so günstigen Bedingungen wie dort, war das nicht so schlimm, aber unter schwierigeren Bedingungen, also mit Bullen oder Fascho-Ordnern etc., müßte eine genauere Vorbereitung laufen.

Nachbereitung war schlecht.

Bedeutung der IGFM hier in der BRD u. Westberlin war zu schwach rausgearbeitet worden.

Die Theatergruppe war als solche nicht gut zu erkennen.

Warum es keinen Dialog mit der IGFM geben kann, ist dem Publikum nicht ausreichend erklärt worden

3) Presse:

- Wir werden immer denunziert werden, das kann nicht der Maßstab sein (Gewalt auf dem Kirchentag, 150 Autonome in Kampfanzügen in SAT 1, usw)

- Dennoch wurde bishin zur rechten Presse die IGFM nicht verteidigt, sie wird vielmehr fast überall als rechtskonservativ oder zumindest umstritten dargestellt

- so wurde z.B. der Vorwurf der Contra- und Apartheidunterstützung überall erwähnt

- in einigen Zeitungen wurden die Texte der Spruchbänder wiedergegeben

- die beiden von der Contra Entführten wurden dagegen fast nirgends erwähnt

- Die TAZ versuchte auch hier wieder eine Spaltung zu inszenieren (angeblich hätten zwei Gruppen miteinander konkurriert wer auf das Podium könne) obwohl die RedakteurInnen sich nach der Aktion noch bei einigen von uns informiert hatten.

Wir wollen uns an dieser Stelle selber loben, das machen wir nämlich viel zu selten und wollen allen Genossinnen und Genossen für ihre tatkräftige Mithilfe danken.

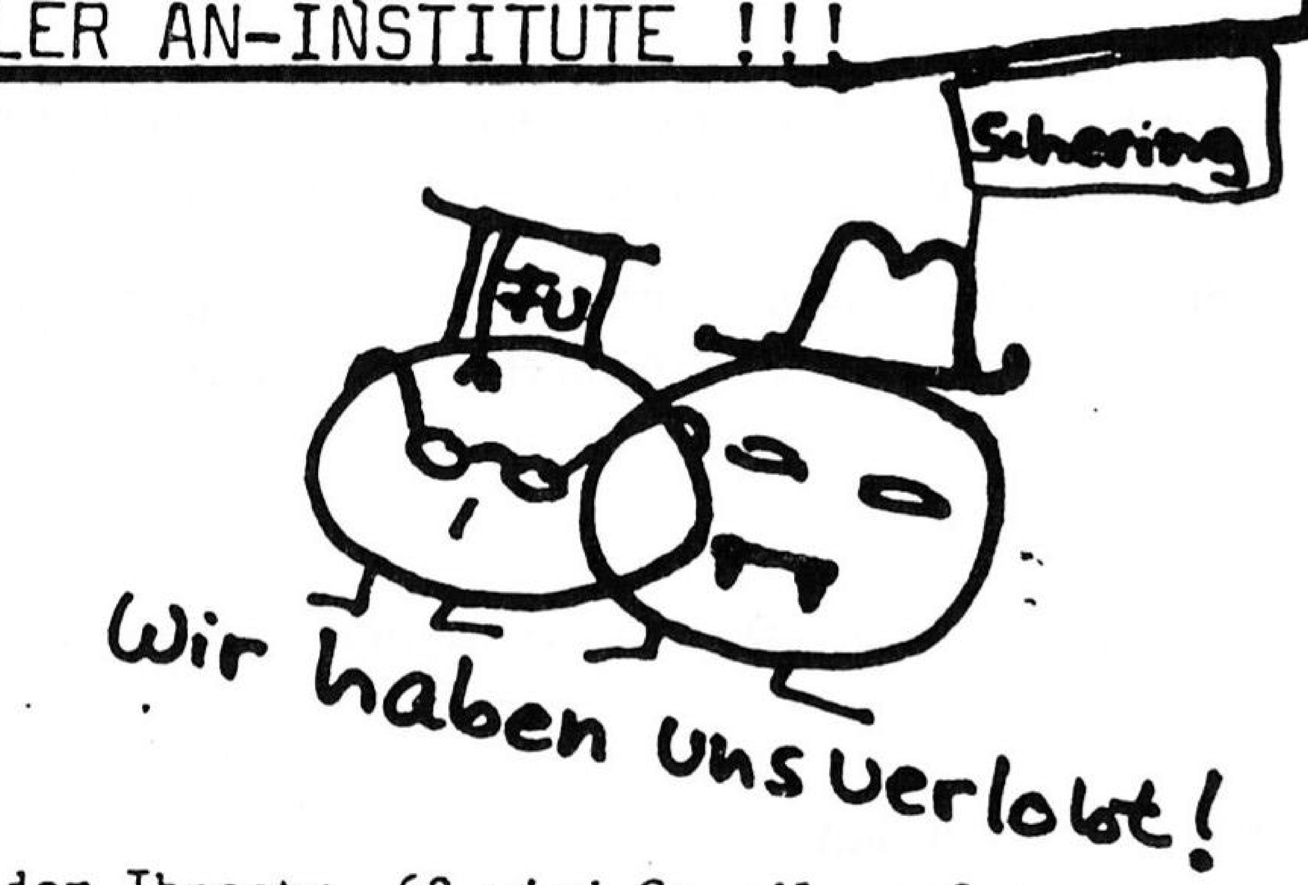
WAS HAT DAS INSTITUT FÜR GENBIOLOGISCHE FORSCHUNG MIT INGRID STROBL ZU TUN?

Wir haben ~~heute~~ am 03.7. das Institut für Genbiologische Forschung in der Ihnestr. 63 blockiert.

Das Institut ist ein Beispiel für die Funktionalisierung von Wissenschaft im Interesse des Kapitals und des Patriarchats. Das Institut, das 1986 seinen Betrieb aufnahm, ist eine Gemeinschaftsgründung des Berliner Senats und der Schering AG, die sich die Baukosten und die Finanzierung des Grundetats (insg. 80 Millionen DM für die nächsten 10 Jahre) teilen.



KEINE FORSCHUNG FÜR KAPITAL UND PATRIARCHAT !!! SCHLIEßUNG ALLER AN-INSTITUTE !!!



In der Ihnestr. 63 wird Grundlagenforschung zur Pflanzengentechnologie betrieben. Neben der Entschlüsselung des genetischen Materials von Pflanzen wie Tabak, Kartoffeln und Mais zur Übertragung gewünschter Eigenschaften (Insektizidresistenz) von einer Pflanzenart auf die andere, geht es um die Erlangung grundlegender Fertigkeiten der Genmanipulation und - technologie.

Gen- und Reproduktionstechnologien bedeuten die Ausbeutung sog. " natürlicher Ressourcen " nach dem Selektionsprinzip. Technologie heißt hier nicht einfach nur Technik, sondern stellt ein Instrument dar, das den kapitalistischen Ländern zur Durchsetzung ihrer Interessen dient, nämlich der intensiveren Ausbeutung und HERRschaftssicherung im Trikont genauso wie hier.

SOFORTIGE SCHLIEßUNG DES INSTITUTS FÜR GENBIOLOGISCHE FORSCHUNG" !!! KEINE GEN- UND REPROFORSCHUNG AN DER FU, TU UND ANDERSWO !!!

UND WAS SAGT SCHERING DAZU ?

Dr. Herbert Asmis, Mitglied des Vorstands der Schering AG/ Ressort Forschung:

" Im letzten Jahr haben wir nun den Eindruck gewonnen, daß die Gentechnologie ein Stadium erreicht hat, in dem es lohnt , in dieses Gebiet gründlicher einzusteigen. Wir haben beschlossen, es in ausreichender Breite zu tun. Wir müssen dafür sorgen, daß wir einen breiten Zugang zur Grundlagenforschung erhalten, daß wir unsere Mitarbeiter auf diesem Gebiet gründlicher ausbilden, und daß wir Nachwuchs auch von außen heranziehen können. Das geschieht durch das gemeinsam mit dem Land Berlin geplante Institut. "

Die Schering AG wurde 1871 gegründet. Scherings Schweinereien haben Tradition:

- Entwicklung von Giftgas im 1. Weltkrieg, das in den Betrieben Budapest und Charlottenburg hergestellt wurde.

  Profitable Integration ins Nazisystem:
- Zuständigkeit für die Versorgung von Kriegsverletzten.
- Beteiligung an "Vernichtung" und Ausschaltung von denjenigen, die damals wie heute aufgrund ihrer Rasse, politischen und moralischen Ansichten, Sexualität, Religion und Geschlecht das System stören.
- In Auschwitz Durchführung von Menschenversuchen, insbesondere Zwangssterilisation von Frauen.

Forschung in der Ihnestraße - damals und heute!

IN DIESEM GEBÄUDE BEFAND SICH VON 1927 BIS 1945 DAS
KAISER-WILHELM-INSTITUT FÜR ANTHROPOLOGIE, MENSCHLICHE
ERBLEHRE UND EUGENIK.
DIE DIREKTOREN EUGEN FISCHER (1927-1942) UND OTMAR VON VERSCHUER
(1942-1945) LIEFERTEN MIT IHREN MITARBEITERN WISSENSCHAFTLICHE
BEGRÜNDUNGEN FÜR DIE MENSCHENVERACHTENDE RASSEN- UND GEBURTEN-
POLITIK DES NS-STAATES. ALS AUSBILDER VON SS-ÄRZTEN UND ERB-
GESUNDHEITSRICHTERN, DURCH GUTACHTEN FÜR ABSTAMMUNGSNACH-
WEISE UND ZWANGSSTERILISATIONEN LEISTETEN SIE EINEN AKTIVEN
BEITRAG ZU SELEKTION UND MORD.
DIE VOM REICHSFORSCHUNGSRAT BEWILLIGTEN UND VON DER DEUTSCHEN
FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT FINANZIERTEN ZWILLINGSFORSCHUNGEN DES
SCHÜLERS UND PERSÖNLICHEN MITARBEITERS VON VERSCHUER
JOSEF MENGELE IM KZ AUSCHWITZ WURDEN IN DIESEM GEBÄUDE GEPLANT
UND DURCH UNTERSUCHUNGEN AN ORGANEN SELEKTIERTER UND ERMORDETER
HÄFTLINGE UNTERSTÜTZT.
DIESE VERBRECHEN BLIEBEN UNGESÜHNT. VON VERSCHUER WAR PROFESSOR
FÜR GENETIK BIS 1965 IN MÜNSTER.
WISSENSCHAFTLER HABEN INHALT UND FOLGEN IHRER WISSENSCHAFTLICHEN
ARBEIT ZU VERANTWORTEN

(Ihnestr. 22)

Auch Schering überstand die sog. Entnazifizierung unbeschadet. Immer noch zieht Schering Profit aus der sozialen und politischen Kontrolle. In den Trikont-Ländern werden wirtschaftliche Interessen als bevölkerungspolitisch verkauft. Hier in den Metropolen werden nach dem selben Prinzip sog. " Randgruppen " kontrolliert. Zu dieser Trennung in " wertes und unwertes " Leben ist die Macht über die Gebährfähigkeit der Frauen notwendig.

- Herstellung und Vertrieb der mit schweren Nebenwirkungen wie Sterialität und Krebsrisiko verbundenen " Drei-Monatsspritze" an weltweit ca. 15 Millionen Frauen in über 90 Ländern. Schering ist ein internationaler Marktführer im Verhütungsmittelsektor.
- Herstellung umstrittener chemischer Sterilisationsmittel.
- Fortsetzung der in den KZs durchgeführten Menschenversuche in Krankenhäusern, Psychatrien und Knästen.
- Ausrichtung des " Komalösungs - Symposiums " 1981 auf dem Schering-Werksgelände in Berlin.
- Massenhafte Herstellung und Export von Herbiziden und Insektiziden.

Alle Schweinereien der Schering AG im einzelnen aufzuzählen, würde den Rahmen dieses Flugblatts sprengen.

SOFORTIGE ZUSAMMENLEGUNG ALLER GEFANGENEN, DIE DAS WOLLEN !!!

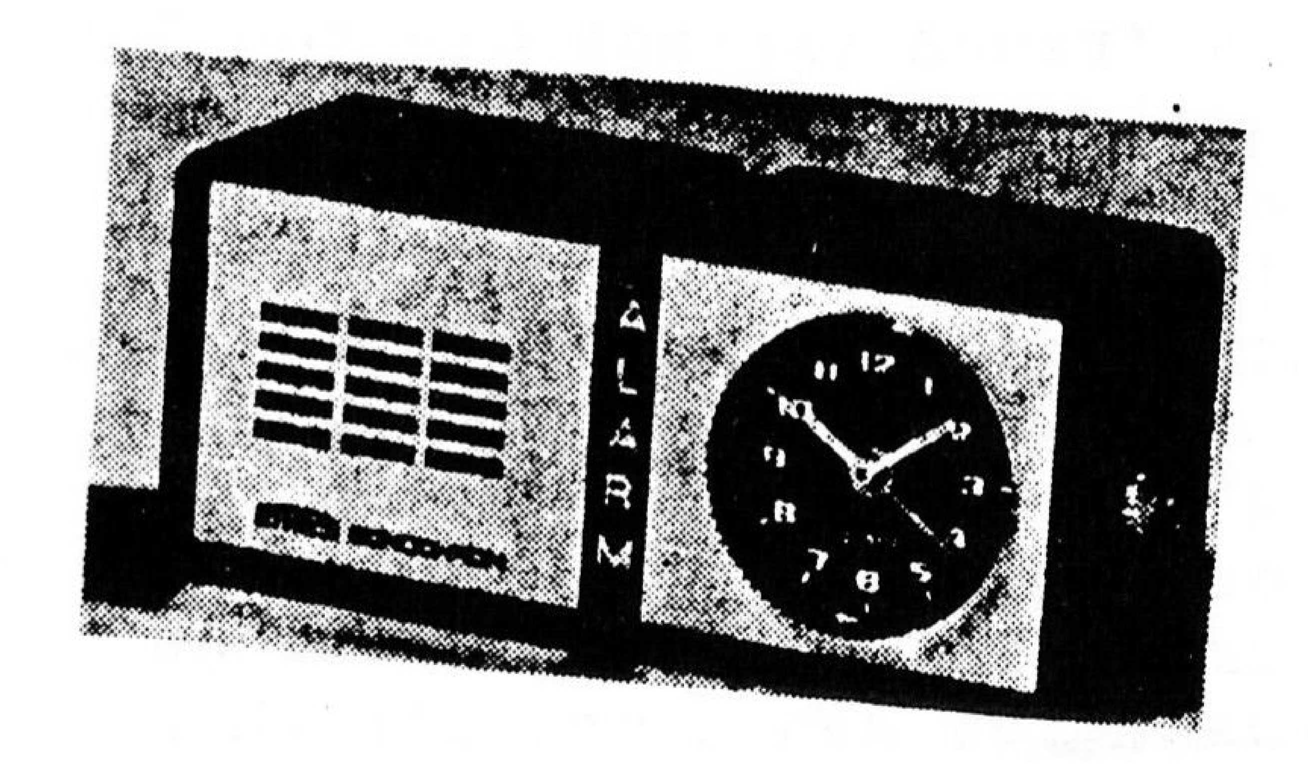
SOFORTIGE FREILASSUNG VON INGRID STROBL !!!

Aber auch so sollte klar sein, daß die Schering AG mit allen Mitteln Profit- und Machtinteressen durchsetzt.

Doch belangt werden nicht etwa die für derartige Schweinereien Verantwortlichen , sondern Menschen, die dies zum Thema machen.

Ein Beispiel ist die Repressionswelle, die Ende 1987 von BKA und Bundesanwaltschaft gegen Kritikerinnen von Gen- und Reprotechnologien sowie Bevölkerungs- und Flüchtlingspolitik inszeniert wurde.
Im Verlauf der diversen Hausdurchsuchungen wurden u.a. Ulla Penselin und die österreichische Journalistin und ehemalige Emma-Redakteurin Ingrid Strobl verhaftet.

Nach 8 Monaten U-Haft von Ulla, konnte selbst der zuständige Richter nicht umhin, die fadenscheinige Anklage nach § 129 a (Mitgliedschaft in einer " terroristischen " Vereinigung) gegen sie fallen zu lassen.
Dafür fällte Richter Arend in Düsseldorf für die unter Erfolgsdruck stehende Bundesanwaltschaft das Gesinnungsurteil gegen Ingrid. Nach 18 Monaten U-Haft, davon mehrere Monate Isolationshaft, wurde Ingrid zu 5 Jahren verurteilt.



Weil Ingrid in ihren Artikeln zu Themen Stellung bezieht, über die eine öffentliche Diskussion verhindert werden soll und die von der Bundesanwaltschaft als "anschlagsrelevant" bezeichnet werden, reicht ein Weckerkauf für ihre Verurteilung.

Aber auch Repression und Gesinnungsjustiz werden uns nicht davon abhalten , die Schweinereien weiterhin öffentlich zu machen.

WEG MIT DEM § 129a !!!
KEINE GESINNUNGSJUSTIZ !!!

HEUTE IST NICHT ALLE TAGE - WIR KOMMEN WIEDER - KEINE FRAGE!!!

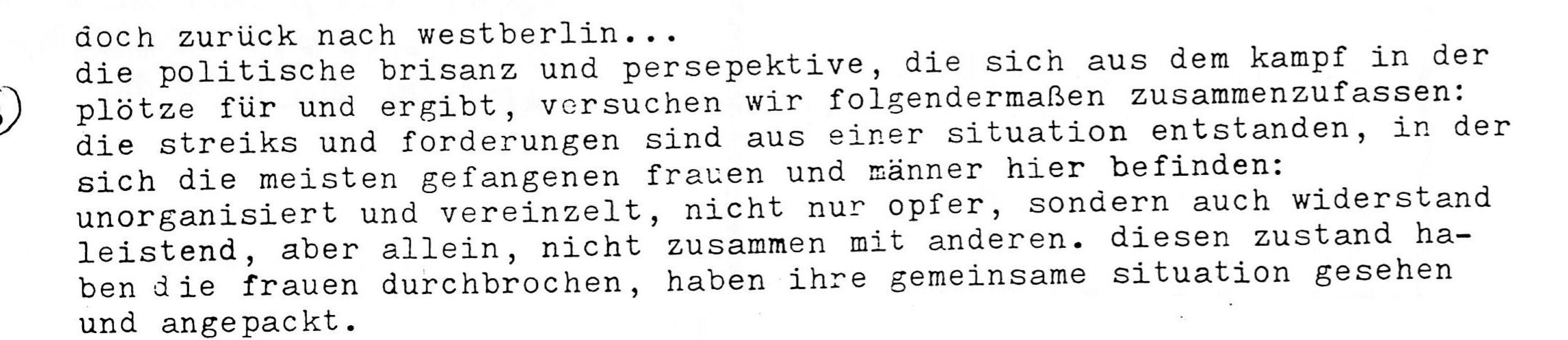
v.i.S.d.P.: Klaus Arend , Düsseldorf

PLÖTZE ? - FIND ICH GUUUT !

in den wenigen papieren, die es bis jetzt zur aufarbeitung der hungerstreiks gab, ist fast jedesmal betont worden, daß der hungerstreik in der plötze zwar oft erwähnt aber wenig begriffen wurde. wir wollen jetzt mal unsere sicht der dinge darlegen.

auch wir denken, daß meistens recht formal die forderungen der frauen aus der plötze neben die forderungen der gefangenen aus raf und widerstand gestellt wurden. weder der eine noch der andere kampfzyklus wurden von uns inhaltlich gefüllt. wir wollen uns mehr mit den ursachen der mangelnden auseinandersetzung mit dem kampf in der plötze beschäftigen, und wie wir denken, wie's zusammen weitergehen kann.
die bedeutung von dem, was in der plötze jetzt erkämpft worden ist, wird draußen nur klar, wenn ein begriff von dem, wie der behandlungsvollzug praktisch funktioniert und greift, vorhanden ist.
es scheint aber immer noch an einer vorstellung davon draußen zu mangeln, obwohl durch die veröffentlichten briefe und erklärungen der gefangenen frauen (gerade die vom 3-tägigen soli- und warnstreik) viel von der situation in der plötze vermittelt worden ist. die eine frage, die sich da stellt ist, wieso aus diesem wissen von nur so wenigen ein verhalten folgt. oder drückt sich hier nicht zum einen die verdrängung von knast, und zum anderen, viel grundsätzlicher, das nicht - verhältnis zu sozialen kämpfen überhaupt aus ? bezeichnend ist in diesem zusammenhang auch die tatsache, daß von anderen, in der zeit kämpfenden gefangenen, so wenig von eigenen forderungen und deren hintergründen rübergekommen ist. die plötzefrauen sind ja nicht die einzigen, die mit eigenen forderungen den hungerstreik gemacht haben.

was ist mit den 5 gefangenen in heilbronn, die während ihres streiks in andere knäste verlegt wurden und den 50 gefangenen die dort in hungerstreik getreten sind für tariflöhne, besseres knastessen und mehr hofgang - sind deren forderungen durchgesetzt worden ?
oder in köln - ossendorf ist während des streiks von gefangenen frauen ein gefangenenkollektiv entstanden, aber wie's denen geht oder was die jetzt machen, da kommt aus köln wenig rüber...
mehr wissen wir selber auch nicht darüber, nur noch, daß susanne schöf auch in dem ossendorfer gefangenenkollektiv ist und ein brief von ihr in der letzten " Nicht zu fassen " abgedruckt war.
bei dieser infoblockade stellt sich für uns die frage, wie hier infos öffentlich gemacht werden. ob sie z. b. während des bundesweiten streiks in den verschiedenen info - büros hängengeblieben sind, weil der entsprechende blickwinkel fehlte?? so einfach es der arbeitsüberlastung der info - büro - struktur zu zu schreiben genügt uns nicht. wäre mal an der zeit, daß die entsprechenden leute auf diese fragen antworten !!


doch zurück nach westberlin...
die politische brisanz und persepektive, die sich aus dem kampf in der plötze für und ergibt, versuchen wir folgendermaßen zusammenzufassen:
die streiks und forderungen sind aus einer situation entstanden, in der sich die meisten gefangenen frauen und männer hier befinden:
unorganisiert und vereinzelt, nicht nur opfer, sondern auch widerstand leistend, aber allein, nicht zusammen mit anderen. diesen zustand haben die frauen durchbrochen, haben ihre gemeinsame situation gesehen und angepackt.

die frauen benennen dies in ihren erklärungen folgenderweise:
"... wir haben keine zeit mehr für späße ! wir werden seit über 15 jah-
ren in die totale verelendung, vereinzelung und selbstzerstörung getrie-
ben, 80% von uns sind hiv-positiv. was ansteht ist unsere entkriminali-
sierung...

sie haben uns fast zwei jahrzehnte illegalisiert und kriminalisiert,
verfolgt und gehetzt, uns immer wieder durch die gleichen verhörzimmer
geschleppt..... uns geht's längst nicht mehr nur um unsere haftbedin-
gungen, uns geht's ums nackte überleben ! .." (aus der hs-erklärung 20.
4.89)



die daraus entwickelten forderungen beziehen sich sowohl speziell auf die
situation der btmerinnen (urinkontrollprogaramm etc.), aber auch auf die
situation <u>aller</u> gefangenen, denn es geht darum, für alle die freie kommu-
nikation zu erkämpfen, bedingungen zu schaffen, in denen sich alle um-
sehen können, mit welcher sie sich zusammentun, reden, was machen will.
der kampf, der logischerweise die grundsäulen des knastsystems angreift,
- die spaltung voneinander und die präventive verhinderung von bewußt-
werdung, von reflektion der eigenen geschichte, der hintergründe und zu-
sammenhänge der sucht - vermittelt sich entsprechend in andere knäste.
dies schafft die vorraussetzung, daß sich viel breiter andere gefangene
darin wiederfinden, erkennen können, daß dieser kampf was mit ihnen zu
tun hat.

in der plötze läuft die spaltung, isolation und zerstörung über das pres-
sen der frauen in zwangsgemeinschaften von 10ner und 15ner einheiten
jeder ansatz von organisierung, jede form von selbstbestimmten handeln
wurde/wird beschnitten, bestraft und plattgemacht. angefangen beim kla-
mottentausch - verbot bis hin zum zerstören der letzten häuserübergrei-
fenden kommunikationsmöglichkeiten (sportkurse).



in dieser situation haben die frauen es geschafft, sich zusammenzuraufen,
um gemeinsam widerstand zu leisten, und das war bestimmt nicht leicht.
sicher ist es auch die initiative einzelner gewesen, die sich haben be-
irren lassen, die gepauert haben (kennen wir ja auch von draußen, oder?),
trotz nachrichtensperre und schweigendem senat, trotz nicht-verhalten
von anderen gefangenen frauen, die gesagt haben "..bringt doch eh alles
nichts..", bis hin zu anfeindungen aus angst vor kollektivstrafen....
jedenfalls gibt es durch das, was jetzt erkämpft worden ist (offene türen
im "btm - haus", hofgang nachmittags für alle) bessere bedingungen für al-
le. damit ist die resignativ - haltung vieler erstmal aufgebrochen, -
sie sehen, daß es sich lohnt zu kämpfen.

diese unterschiede festzustellen und zu benennen, kann nur eine bessere grundlage schaffen, auf der wir sehen können, wie und an welchen punkten es weiter zusammen gehen kann. also keine angst vorm alten spaltpilz !

uns geht es darum, ansätze von widerstand aus unterschiedlichen lebensbereichen heraus wahrzunehmen und darin vor allem die frauen zu unterstützen und den gesamtgesellschaftlichen zusammenhang immer wieder klar zu machen.
einer dieser bereiche, wo kämpfe von unten immer wieder ausbrechen, sind die männer- und frauenknäste. aber frauen- und männerknäste haben unterschiedliche bedingungen (kein wunder im patiarchat), es ist sicher absicht, daß dieses pilotprojekt des behandlungsvollzuges zuerst an frauen ausgetestet wird. frauen werden eh schneller psychatrisiert und gelten oft in den köpfen der psychologen als anpassungsfähiger, eher bereit, sich subtilen disziplinierungsmaßnahmen zu unterwerfen. frauen werden von kindheit an darauf konditioniert, sich den patriarchalen zwangsverhältnissen zu unterwerfen.
- in diesem zusammenhang ist es für uns auch kein wunder, daß es in einem frauenknast zu so einem starken kampfkomplex gekommen ist ! -
jedenfalls ist die auseinandersetzung über die funktion von knast als patriarchale zurichtung längst überfällig, muß aber natürlich auch mit denen laufen, die drin hocken...



perspektivisch heißt das für uns:

- kontakte in die knäste knüpfen, damit ein bild entstehtvon dem, wie es in den knästen aussieht, auch an alltäglichem rassismus und sexismus. die isolierung in den knästen aufbrechen, auch von knast zu knast, damit ein reger austausch der erfahrungen da ist.
  praktische vorschläge dazu wären, daß diejenigen, die besuche machen oder briefe in den gleichen knast schreiben - sich ab und zu hinsetzen und überlegen, was wichtig wäre zu veröffentlichen. oder z.b. die idee "offene briefe" an die gefangenen zu schreiben, wie es hier in westberlin am anfang des hungerstreiks angefangen hat (aber schnell wieder eingeschlafen ist !), wieder aufzugreifen und damit die politische diskussion mit den gefangenen öffentlich weiterzuführen....
- den leuten hier draußen mehr auf die füße treten, daß wir knast und knastlämpfe doch unter vielen verschiedenen aspekten betrachten bzw. angehen können. so z.b. wenn wir viel über rassismus debattieren, ist der knast bestimmt ein terrain, wo er massiv auftritt, auch da vielleicht veränderungen zu bemerken sind, die auseinandersetzung ist allemal wichtig ! genauso, wenn wir den zwang zu arbeit thematisieren, liegt es doch nahe, die zwangsarbeit im knast als ganz deutliches beispiel, welche funktion arbeit hier hat, miteinzubeziehen.
- insgesamt geht es darum, die strukturen im knast für drinnen und draußen angreifbarer zu machen !



mit dem öffnen der türen läßt sich zumindest in einem haus das zwangsgruppenkonzept nicht mehr aufrechterhalten, besteht überhaupt erstmal die möglichkeit, sich kollektiv zusammenzufinden. (ob sich das dann dahin entwickelt, liegt nicht zuletzt auch an den auseinandersetzungsmöglichkeiten mit draußen, an uns)



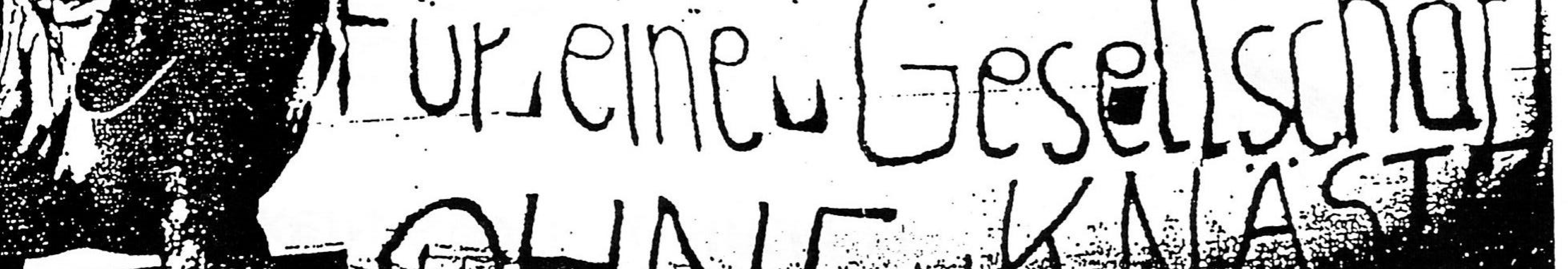
diese erkämpften bedingungen sind für uns ansätze von gegenmachtstruktur in den knästen, die ausstrahlungskraft haben für andere gefangene, die schon resigniert, aber noch nicht gebrochen sind, in denen nach wie vor der funke von widerstandsgeist in den herzen glimmt und glüht.
in dieser perspektive hat der streik in der plötze als signalwirkung eine sehr viel größere bedeutung für gefangene in anderen knästen, als der streik für zusammenlegung von raf und widerstand.

wir wollen die beiden streiks nicht gegeneinander stellen, aber sie sind halt ein paar sehr unterschiedliche schuhe.

der hungerstreik der gefangenen aus raf und widerstand gewinnt in einem anderen kontext an bedeutung.
wir denken, daß die mangelnde signalwirkung für andere gefangene genau daher stammt, daß die forderungen auf die situation eines bestimmten kollektivs bezogen sind, daß für sich zusammenlegung fordert, - was zwar grundsätzlich legitim und richtig ist, aber an den bedingungen der meisten gefangenen vorbeigeht - denn die verbindungen zu anderen wird kaum formuliert, außer in der hungerstreikerklärung zu beginn des streiks.

wir meinen damit nicht den gegensatz: politisches kollektiv - unorganisiert

es geht uns um eine herangehensweise - nicht nur auf den knastkampf bezogen - eines politischen kollektives, daß sich auch an den bedingungen der anderen gefangenen orientiert und daran seine politik mit ausrichtet, ohne die speziellen eigenen bedingungen außer acht zu lassen.
es sind zwei unterschiedliche ansätze, die sich nicht ausschließlich aus unterschiedlicher geschichte oder bedingungen erklären lassen, sondern auch verschiedene politische analiysen und strategien als hintergrund haben.



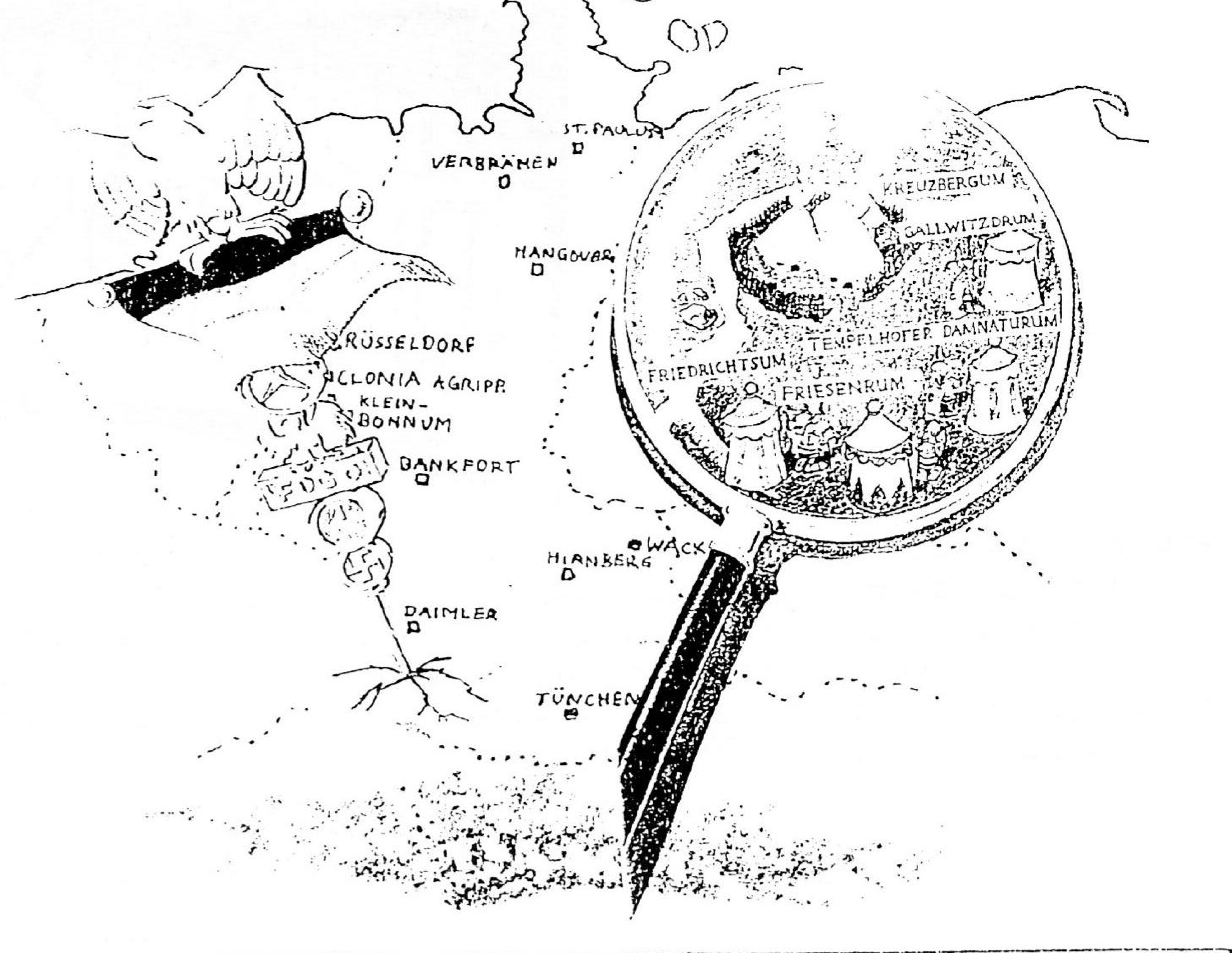
MIT Asterix IST KEIN STAAT ZU MACHEN

Prolog: Wir befinden uns in den 80er Jahren. In ganz Deutschland herrscht Ruhe. . In ganz Deutschland? Nein! Verschiedene von unbeugsamen Menschen bevölkerte Dörfer hören nicht auf, dem Staat Widerstand zu leisten. Und das Leben ist nicht leicht für die staatlichen Legionäre, die als Ordnungstruppe in Kreuzbergum, St.Paulum, Frankfurtum und Wackersdum liegen...

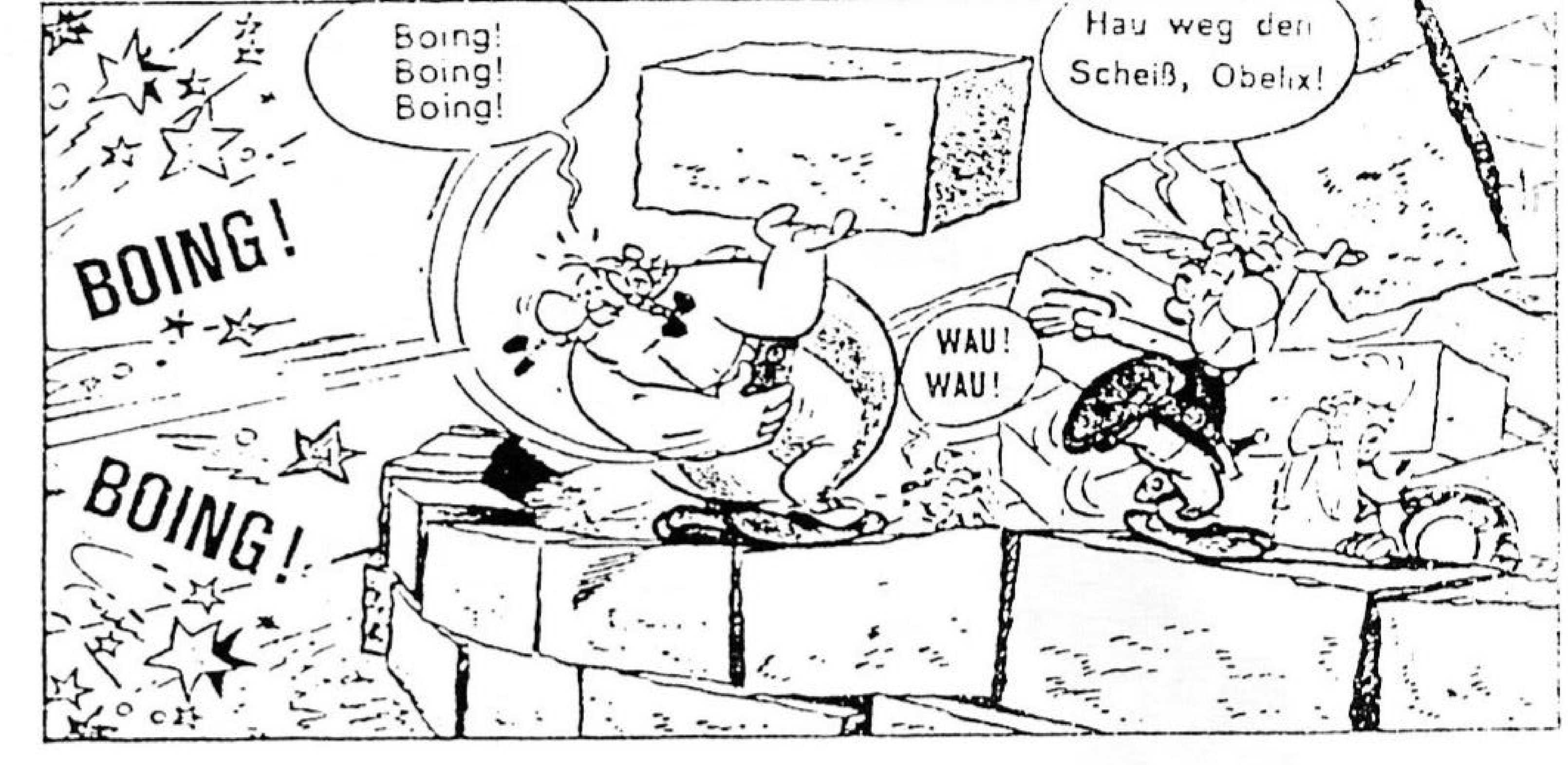
Immer wieder stehen die Legionäre der gleichen Situation gegenüber: Horden von aufsässigen Gestalten lachen der Autorität des Staates offen ins Gesicht, wobei sie vor kaum etwas zurückschrecken. Sie machen sich über Behörden lustig, geben Amtsmaßnahmen der Lächerlichkeit preis, führen Vorschriften ad absurdum und nehmen keinerlei Rücksicht auf die alten, bewährten Traditionen des zweitfreiesten Staates, der je auf germanischem Boden existierte.
Dahinter steckt der unbedingte Wille, keinen Stein auf dem anderen zu lassen und das Staatsgefüge ganz abzuschaffen, mitsamt Ausbeutung, Isolation, Kontrolle, Konsum- und anderen Süchten, um nur einiges zu nennen und ohne von Kapitalismus, Imperialismus und Patriarchat zu reden...
Auffälligster Ausdruck dieser Haltung sind die ständigen Auseinandersetzungen mit den zu jeder Friedenshandlung wild entschlossenen Legionären!

Trotz der regelmäßig in Kleinbonnum beschlossenen Verschärfung der sogenannten Sicherheitsgesetze, trotz Störermeldedateien, beobachtender Fahndung und Observation, Vorbeugehaft nach ASOG, Präventivbestrafungen, trotz neuer Waffen wie CS-Gas, neuen Knüppeln, der Einführung des Pilums*, trotz Blendschock-Granaten und Hochdruckwasserwerfern und Tonfa-Schlagstöcken, trotz Medienkampagnen und verdialogenen Befriedungsversuchen und -versuchungen ist der Widerstand einfach nicht kleinzukriegen. Ständig flammt er hier und dort wieder auf, oftmals mit verheerenden Ergebnissen für die Moral d. Legionäre!

*Wurfspieß







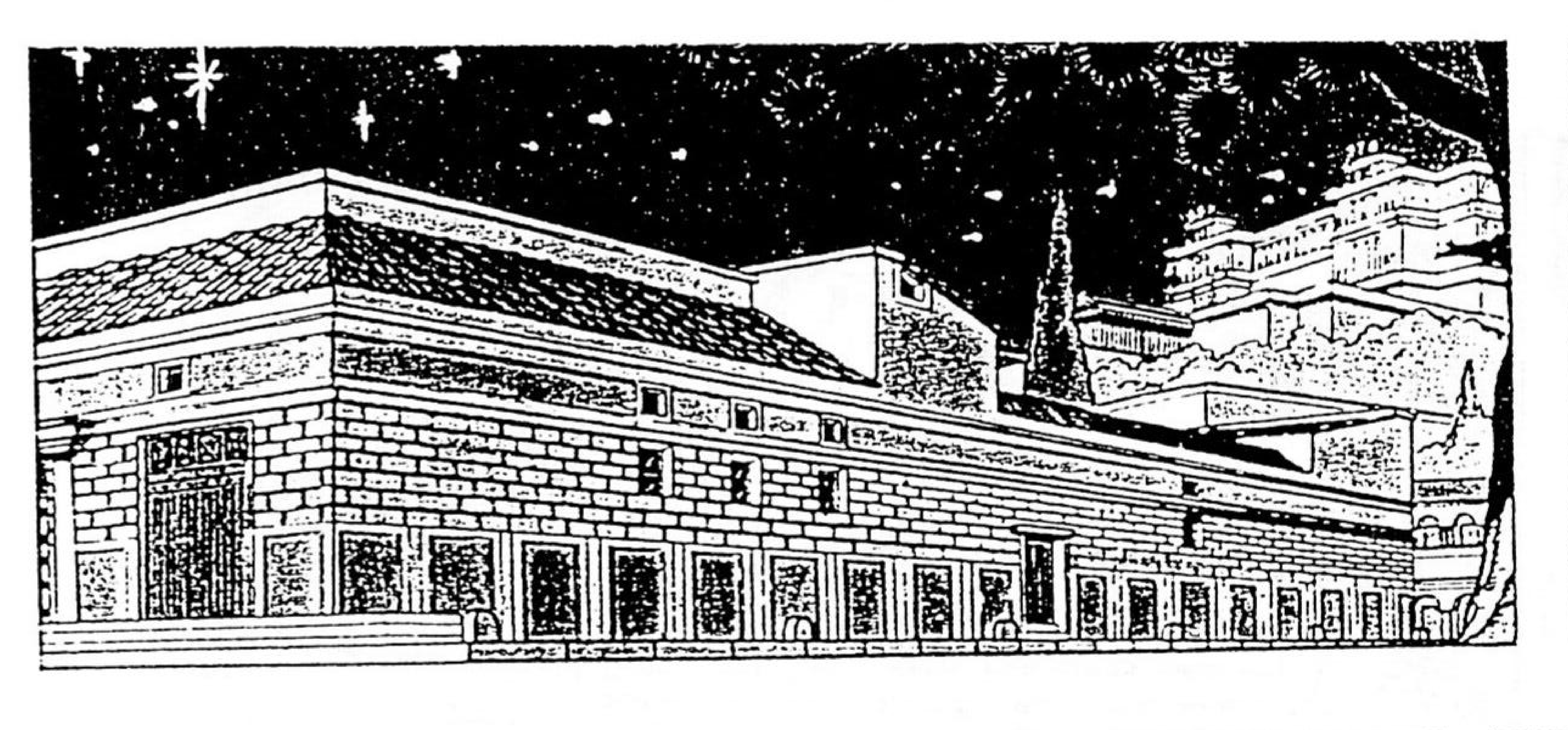




Wenn es nur das wäre. Doch es gibt da noch etwas anderes, das den Rechtsstaat piesackt: Die Zahl der nächtlichen Aktivitäten kleiner Gruppen von Bösewichtern nimmt zu, denen einfach nichts heilig ist. Ohne sich um die Folgen für Versicherungen, öffentliches Vertrauen in die Polizeiarbeit oder das Ansehen der betroffenen Objekte zu kümmern, geschweige denn um materielle Schäden, treiben diese Unholde ihr zerstörerisches Unwesen. Während vernünftige Menschen sich ins Bett legen, um sich für den nächsten Arbeitstag zu erholen, legen jene marodierenden Rabauken Bomben in Banken und Feuer in Fabriken, stiften Chaos in Kasernen und Verwirrung in Verwaltungen.

Was noch ein paar Jahre zuvor die Arbeit einiger weniger Spezialisten war, findet zunehmend Nachahmer hier und auch dort. Dabei gleichen sich die Bilder. Benzingemische mit Zeitzündern (z.B. Tauchsieder) oder mit dem berüchtigten Natriumchlorat-Gemisch ("Unkraut-Ex") gefüllte Feuerlöscher, denen Zünder und Wecker beigefügt sind, verrichten ihre staatsfeindliche Arbeit stumm und klaglos. Was dann kommt, ist nicht schwer vorstellbar: Zurück bleiben Trümmer und Verwüstungen (wie unser Beispiel zeigt), ratlose Fahndungsbehörden, Bekennerschreiben zur Erklärung der Aktionen und zur Anprangerung der Zielobjekte sowie zutiefst frustrierte leitende Beamte in Sicherheitskreisen...

In gewissen Ämtern, Gremien, Ausschüssen, Chefredaktionen und Aufsichtsräten steigt die Unzufriedenheit mit der Erfolglosigkeit bei der Bekämpfung der Aufsässigen. Es werden, wie schon immer, einschneidendere Maßnahmen verlangt, vor allem aus den südlicheren Gefilden des Staates. Man ist überzeugt, die ständige Verhöhnung des Rechtsstaates nun nicht mehr länger hinnehmen zu können. In Berlin sieht es nicht anders aus...



BUMM!







*Lat.: Wiederholungen gefallen nicht

Die Situation beim Staatsschutz ist desolat...

Sie sind alle so dumm, und ich bin ihr Chef! (Schluchz)



... wenn z.B. im Senat in Berlin der Abgeordnete Landowskus mit seiner grobschlächtigen Stimme, die die Menge immer wieder aus dem Bannkreis treibt, vom Innensenator Rechenschaft fordert...



Expertenrunden setzen sich mit der zunehmenden Bedrohung der Rechtsordnung durch kriminelle Politrocker auseinander, wobei auch "exotische Lösungen" (Schmidtschnauzus, ehem. Mitglied des Triumvirats/Trilateraler Kommission) erwogen werden. Angesichts der erschreckend niedrigen Aufklärungsquoten wird der Einsatz von Spionen verstärkt angestrebt. Angenehmer Nebeneffekt: Die betroffene Szene wird, wenn doch mal ein Agent auffliegt, verunsichert und mißtrauisch.

Die Vernetzung von Polizei und Geheimdiensten ist seit langem ein Bedürfnis der Sicherheitsstrategen. Eigentlich, um genau zu sein, seit Mitte der 40er Jahre, als die so überaus erfolgreiche Geheime Staatspolizei Gestapo ihre Arbeit einstellen mußte. Nun bietet sich eine Gelegenheit, an alte Traditionen wenigstens teilweise anzuknüpfen: Die Übernahme von einigen erprobten Polizisten in den Verfassungsschutz, was ihre technischen Möglichkeiten beträchtlich erweitert. Dieses geschieht in der ersten Hälfte der 80er Jahre.

Nun geht alles seinen behördlichen Gang. Die Chance, geschultes Personal als Agenten einsetzen zu können anstelle hastig angeworbener Wichtigtuer und Randfiguren, sagt dem Verfassungsschutz ebenso zu wie es dem Staatsschutz gelegen kommt, eigene Leute effektiver und mit allen möglichen geheimdienstlichen Mitteln auszurüsten. So sehen alle Beteiligten voll Optimismus in die Zukunft und machen sich ans Werk.

Alsbald werden die notwendigen Schritte eingeleitet. Die zukünftigen Spitzel werden von geschulten Experten in den seltsamen und bizarren Gepflogenheiten der "Szene" unterrichtet und mit der notwendigen Legende ausgestattet. Dazu gehört u.a. eine eigene Wohnung, ein falscher Name samt Papieren, ein Job, der schwer nachzuprüfen ist und längere Abwesenheiten plausibel macht. Die Ausbildung ist professionell und läßt keine Fragen offen...











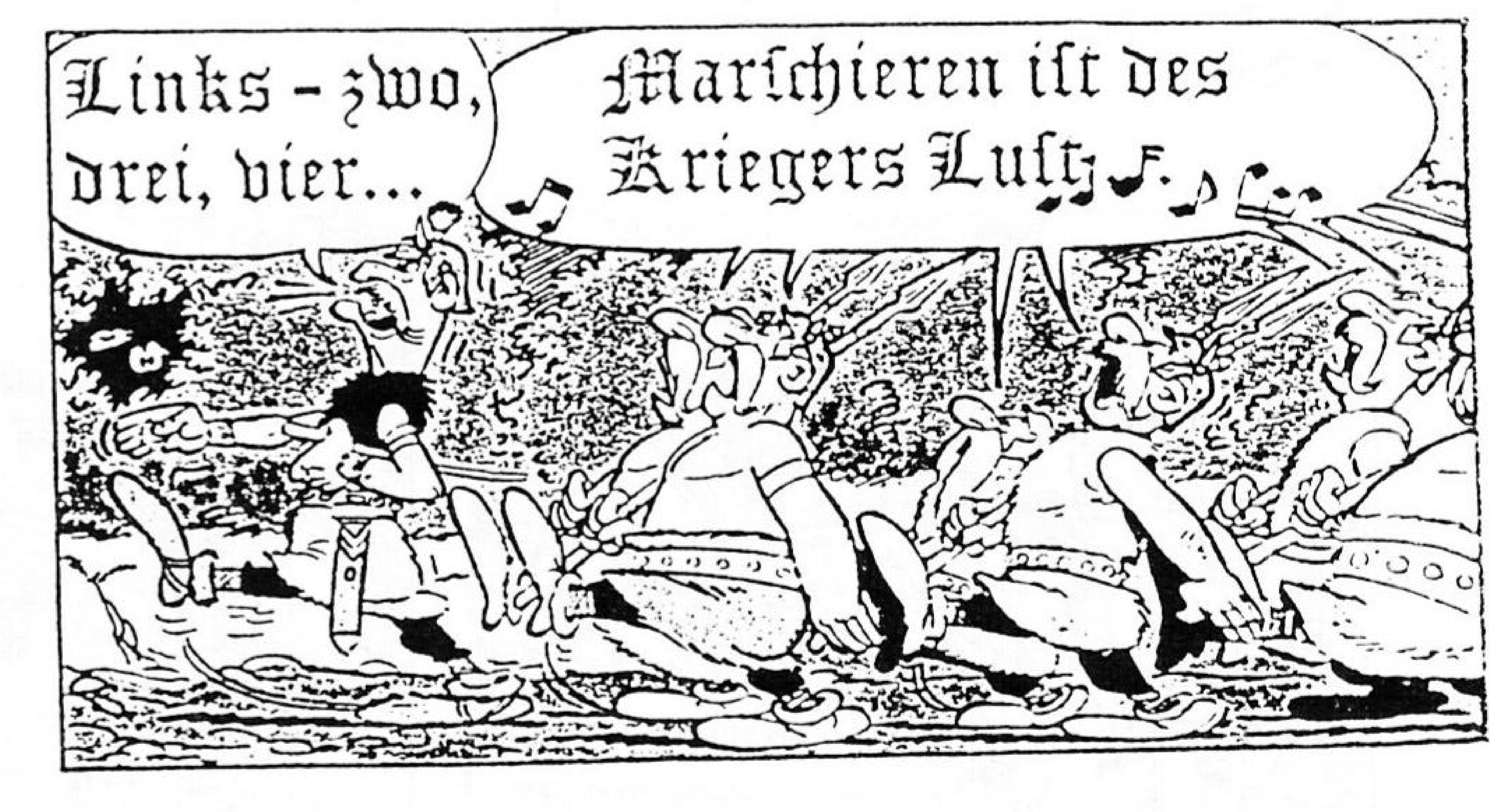




Einer der glücklichen Auserwählten ist Eberhard Benzingus, der nicht zu den Unerfahrenen zählt. Damit er sich auch gewiß nicht verplappert, darf er seinen Vornamen behalten - es soll ja nicht alles überkompliziert werden -, und den Nachnamen "Schumacherwix" kennt er noch aus früheren Tagen. Er ist Polizeihauptmeister (PHM), doch auf diese Betitelung, die formal in Kraft bleibt, legt er keinen Wert mehr, nachdem er - spätestens 1984 - in die Katakomben des "linksextremistischen Umfeldes" eintaucht.



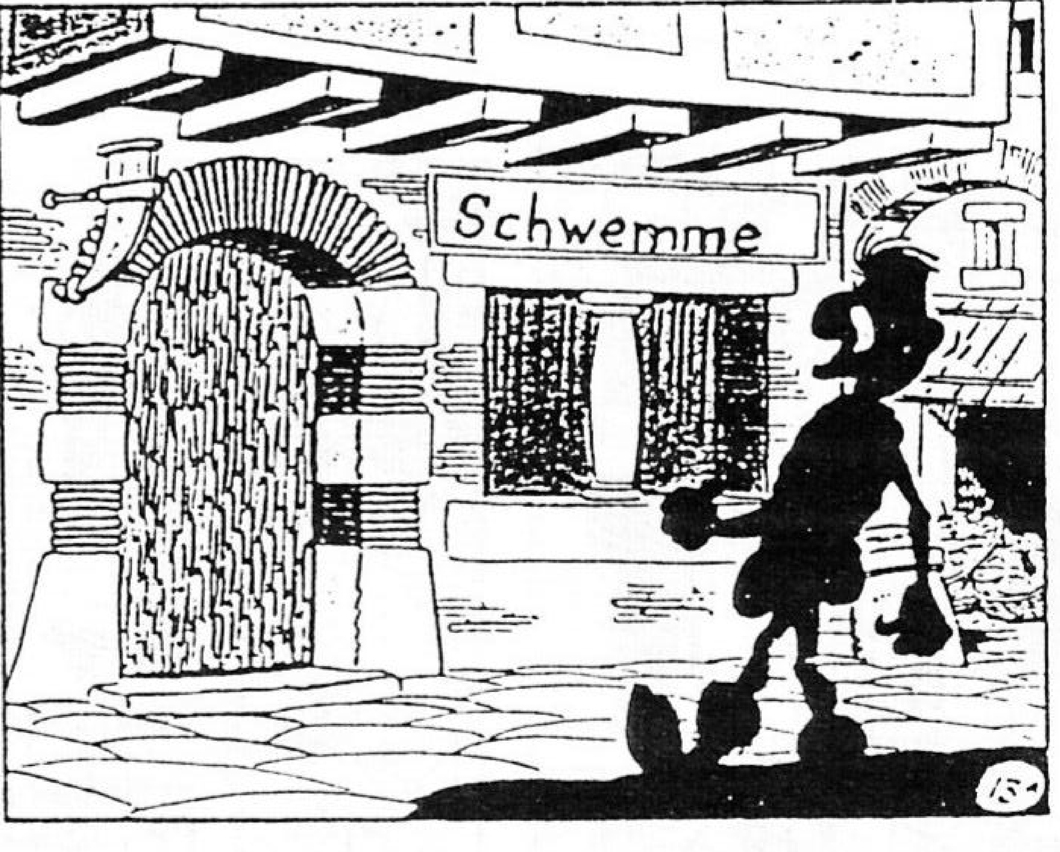
Benzingus sucht seinen Weg in die Szene (wie so mancher vor ihm) über die Friedens- und Umweltbewegung. Zeitweise ist er beim WUP (Westberliner Unabhängigen Plenum) anzutreffen; darüber gelangt er dann zum "Antimilitaristischen Stadtspiel". Hier wird 1984 geplant, militärische Anlagen und Objekte in Berlin aufzulisten und ihnen das Leben etwas schwerer zu machen, v.a. durch öffentliche Brandmarkung. Doch vielleicht riecht Benzingus andere Brände in der Zukunft, am Ende gar extremistische...?



Dann lernt Benzingus auch Claudia Orlowskyline und Wolfgang Behlinguix kennen. Er findet seinen Weg in das Kneipen-Kollektiv "Schwemme", wo das "linksextremistische Umfeld" unentgeltlich arbeitet und die Einnahmen u.a. für Knastarbeit spendet. Hier, so sind Benzingus und sein Führungsmann überzeugt, sitzt er richtig, um allerlei brisante Informationen gewinnen zu können.





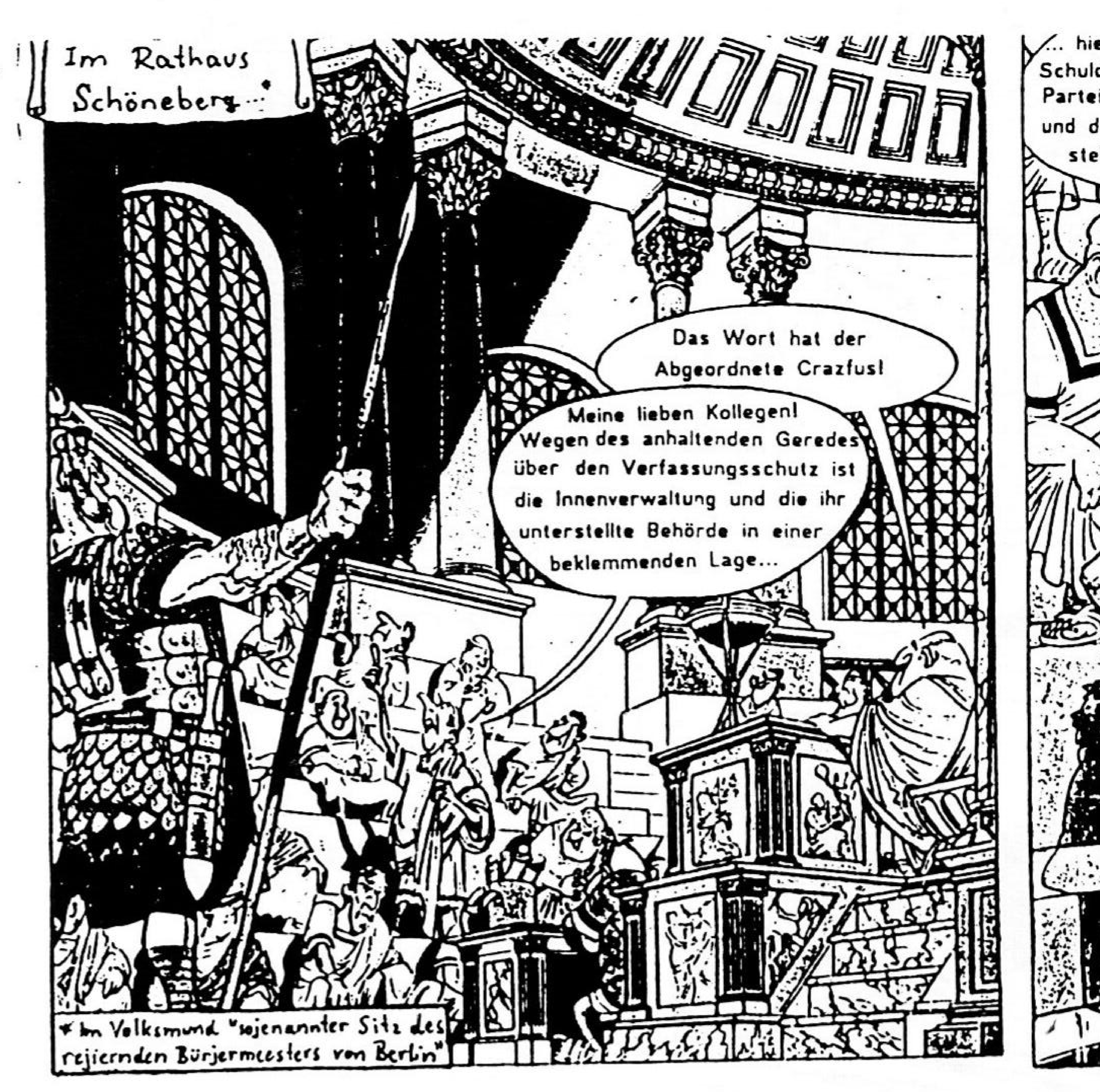


In der Schwemme arbeitet Benzingus ca. 2 Jahre lang mit. Er ist rasch als lockerer, zuverlässiger Kumpel bekannt. Trotzdem bleibt er wachsam und macht sich so seine eigenen Gedanken zu den Vorgängen in seinem Blickfeld...
Doch der Einstieg kommt nicht recht vom Fleck. Denn die Beobachteten verhalten sich, wie Benzingus enttäuscht feststellt, "ausgesprochen konspirativ". Er meint: Niemand erzählt ihm etwas von vergangenen oder geplanten Straftaten irgendwelcher Art. Das ist um so betrüblicher, als die kriminelle Aktivität der Szene nicht etwa nachläßt





Nun sind also seit dem Beginn des Spitzelprojektes einige Jahre ins Land gegangen. Das Konzept des Privatus Maus (oder wer immer es entwarf) hat bislang nicht die erhofften Erfolge gebracht, schnelle schon gar nicht. Die linksextremistischen Umfelder schalten und walten, sengen und plündern weiterhin. Und überdies fangen jetzt die Medien an, aufmerksamer zu werden: Im Januar 1989 steht in Berlin die Wahl bevor, und mangels Wahlkampf wird der Verfassungsschutz aufs Korn genommen. Indiskretionen sorgen für Skandale: Die "taz" wurde "zu Unrecht!" überwacht, ein V-Mann bei einem Verteidiger im Schmückerschus-Prozeß plaziert, ein weiterer V-Mann als Steinewerfer verurteilt. Polizisten als Schläger und Spione haben seit Monaten für schlechte Presse in Sachen Inneres gesorgt, nun kommt es Schlag auf Schlag und Spion auf Spion. Ein Untersuchungsausschuß wird eingesetzt, das letzte Mittel gegen die Aufdeckung der ganzen Wahrheit...



...und SPD und AL bedrängen den Innensenator Kewenighandundfus gar schröcklich mit ihren frechen Fragen bezüglich der diversen Machenschaften des Landesamtes. Und noch ein Skandal: Steffen Telschowtalentix, der V-Mann, sollte den SPD-Experten für Sicherheit, Pätzollverschlus, aushorchen. Pätzollverschlus, den späteren Innensenator...





Die Presse läßt sich nicht lumpen. Sie liefert der Opposition eifrig Munition zum Beschuß des Innensenators, der bereits stark ins Wanken geraten ist. Der Wind weht den Amtmännern ins Gesicht, denen vom Landesamt für Verfassungsschutz nämlich, und die Berliner Bevölkerung ist - wie das Beispiel zeigt - in aufgeputschter Stimmung. Ist die Katastrophe noch abzuwenden?



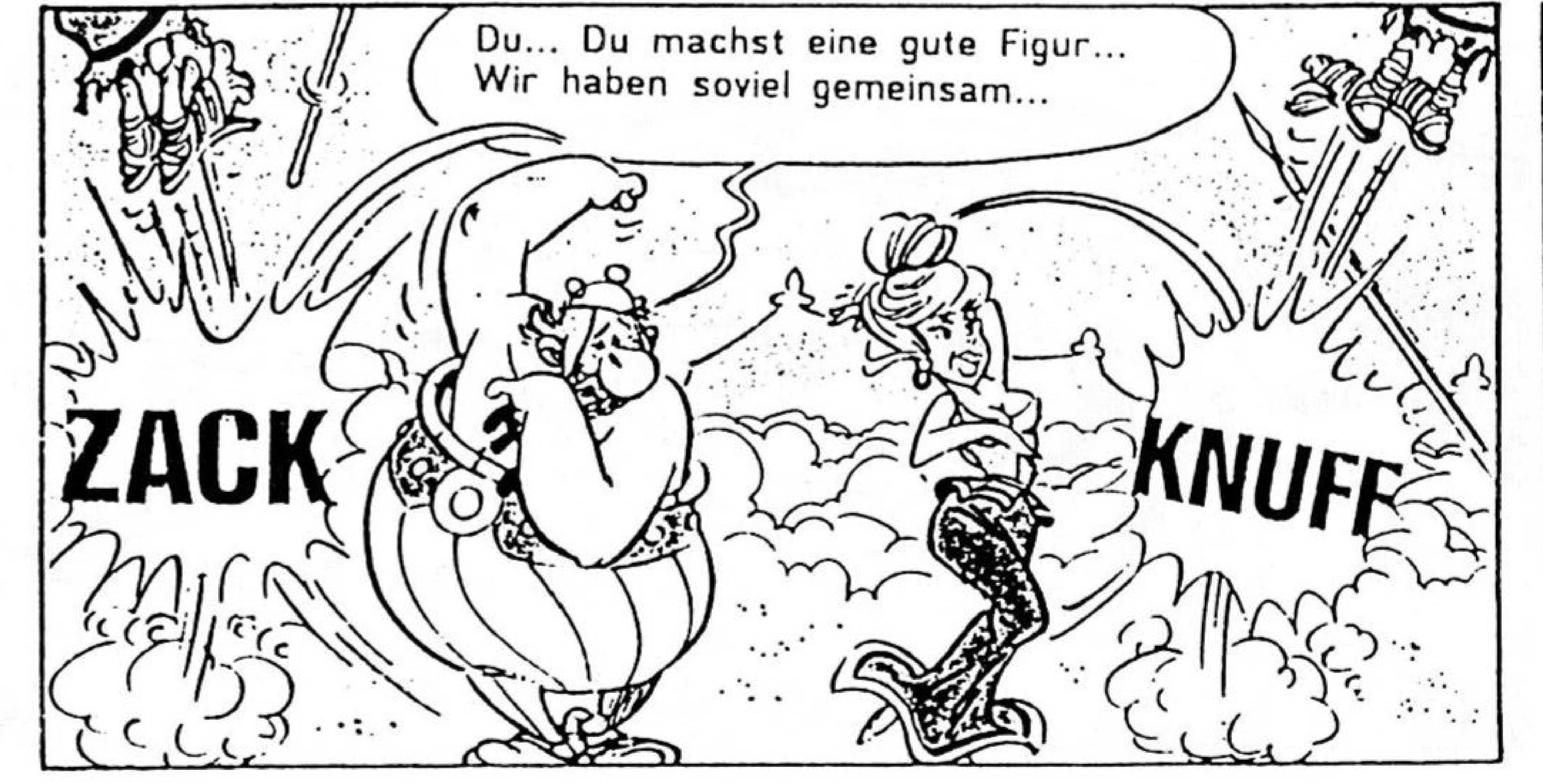




...ganz im Gegenteil: Es werden sogar neue Reizthemen erschlossen und alte mit neuem Schwung angegangen. Während zum Beispiel die Männer in traditioneller Weise die letzten Straßenschlachten aufbereiten, spielt sich bei den Frauen einiges ab, von dem auch Benzingus (und nicht etwa aus zweideutigen Gründen) gerne mehr erfahren würde. Allein, ihm will nichts gelingen!



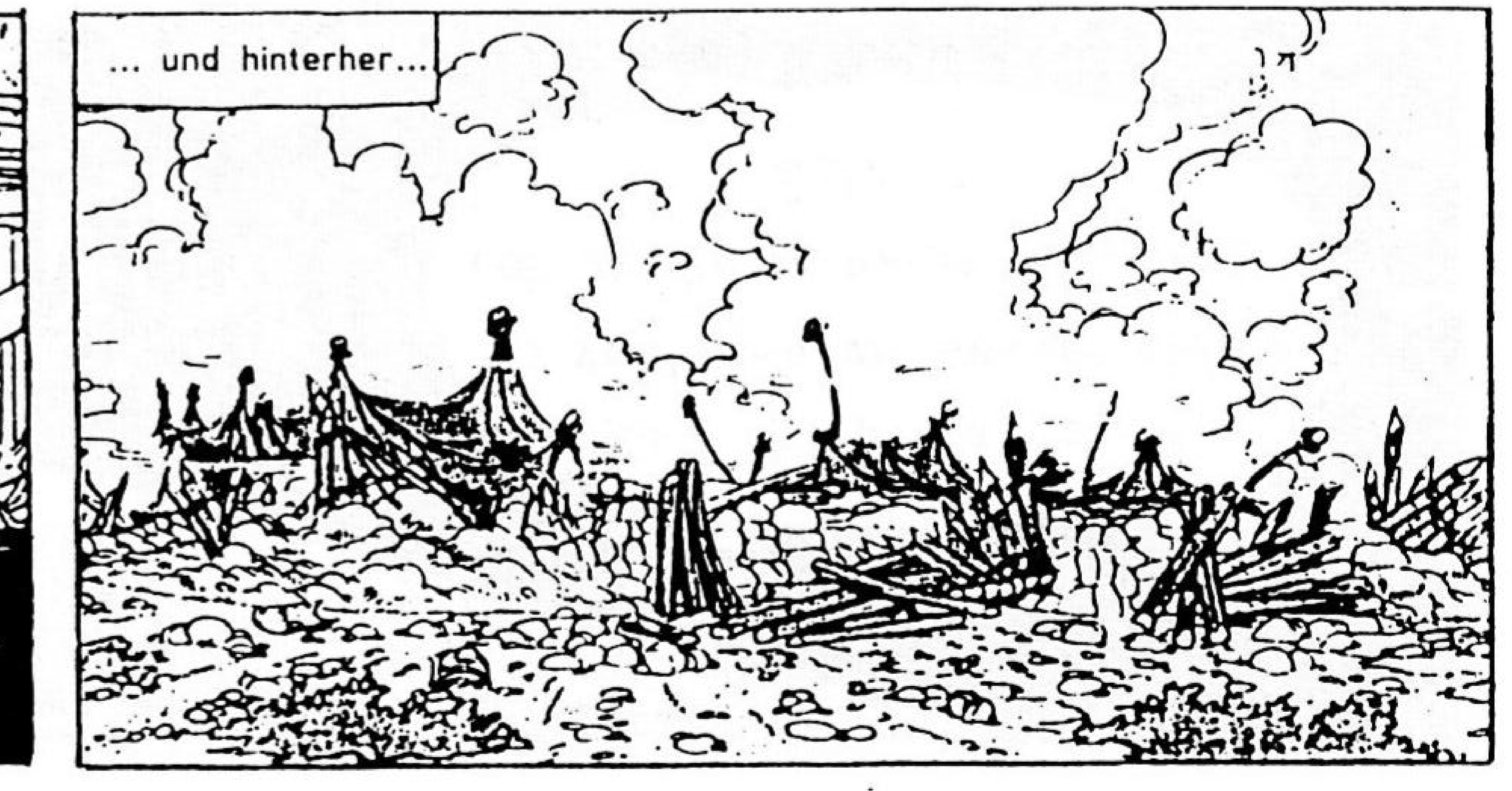
Auch auf der Straße gewinnen die Frauen in der Szene an Einfluß, worauf die Männer anfangs etwas unbeholfen reagieren, was jedoch entschiedene Reaktionen nach sich zieht. Daraufhin setzen sich auch bei den Männern nach und nach geheimnisumwobene Begriffe wie "Patriarchat" und "Sexismus" im Wortschatz fest und sind bei Bedarf abrufbar. Was immerhin eine Art Fortschritt ist.





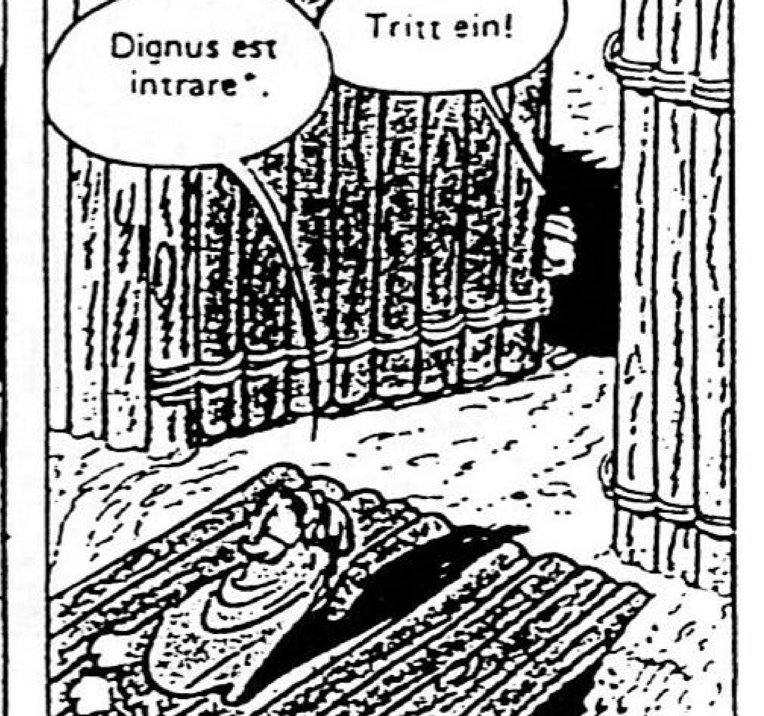
Schon seit den 70er Jahren ist die "Rote Zora" aktiv in Sachen Frauenpolitik auf militanter Ebene. 1987 geschieht das Unglaubliche: Die Textil-Firma Adler, die u.a. in Süd-Korea produziert und die dort für sie arbeitenden Frauen ausbeutet und sexistischer Anmache aussetzt, muß klein beigeben: Ein Streik der Arbeiterinnen wird in der BRD und Westberlin erst verbal (durch Frauengruppen) und dann durch Anschläge der Roten Zora unterstützt. Der Sachschaden im September 87 ist erheblich, wie auch der Rufschaden. Adler lenkt ein; das Faß zum Überlaufen bringen die Tropfen der Sprinkleranlage der Berliner Adler-Filiale, die von den "Amazonen" besucht wurde. Diese neue Gruppe solidarisiert sich mit den Frauen in Süd-Korea und der Roten Zora. Sie bleibt aktiv und sorgt für Feuer und Wasser in Sex-Shops, bei Neckermann und dessen Besitzer Karstadt, wo Sextourismus u.a. nach Thailand angeboten wird...





Benzingus inzwischen ist der Meinung, endlich etwas wertvolles herausgefunden zu haben. Hat er da nicht Claudia Orlowskyline Anfang 1988 einen Keller verschafft? Steht da nicht eine große (später 3 kleine) geheimnisvolle, verschlossene Kiste drin? Das kann und soll eine linksextremistische Büchse der Pandora sein! Benzingus säumt nicht, Bericht zu erstatten....





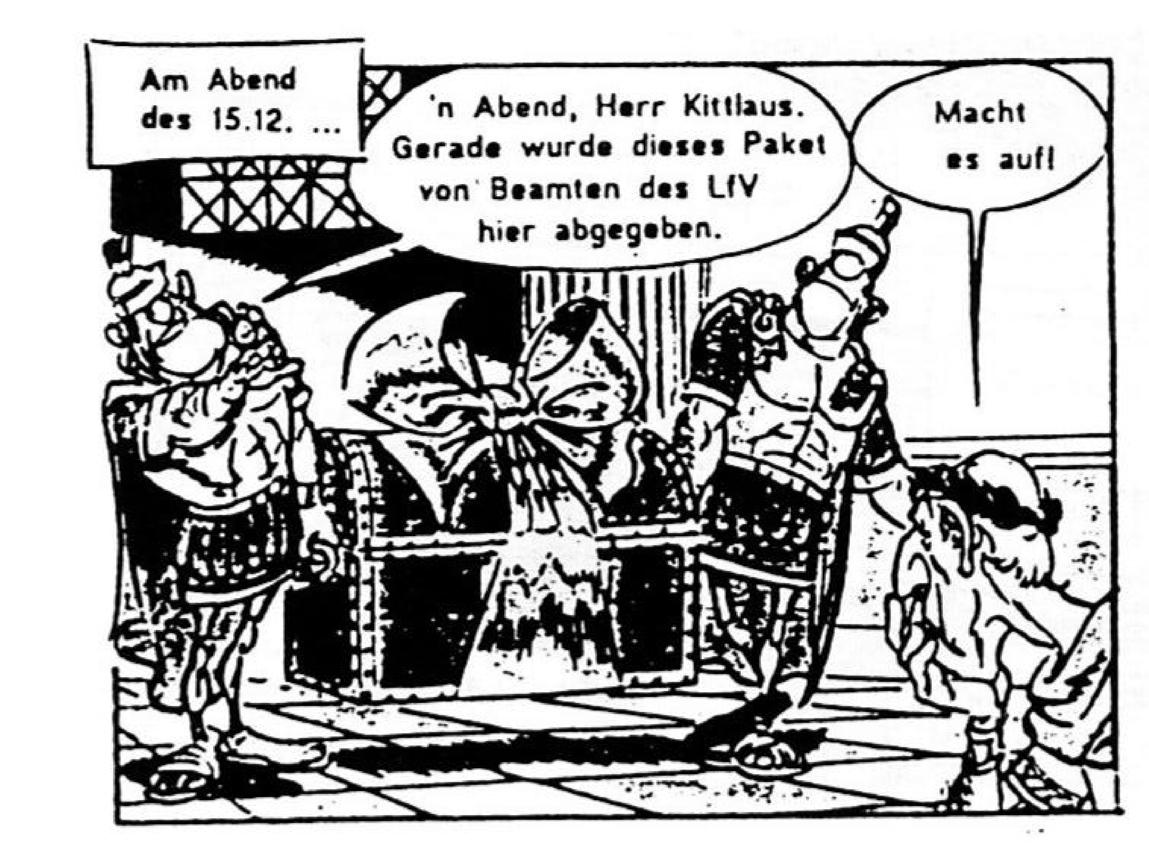


Und nun geschieht es. Mit der Option Benzingus holt der Verfassungsschutz zum Befreiungsschlag aus. Ein Erfolg ist jetzt fällig. Ob er erzielt werden kann, muß sich erst erweisen. Man will nichts überstürzen. Anfang Dezember sagt der Verfassungsschutz dem polizeilichen Staatsschutz schon mal Bescheid, daß da was kommen könnte und daß er, der Verfassungsschutz, sich drum kümmern werde.





Am 15.Dezember 1988 liefert der Verfassungsschutz dem Staatsschutz drei Kisten frei Haus. Benzingus verläßt wenig später das gerade stattfindende Plenum der Schwemme, geht zum Staatsschutz und läßt dort seine Aussage protokollieren.
Nun ist die Freude groß und der Polizeiapparat fängt knirschend an zu laufen. "Mitgliedschaft in terroristischer Vereinigung" (§129a), dank dem lieben Verfassungsschutz, eine feine Sache. Das läßt sich hören.





Am frühen Morgen des 16.Dezember 1988: In den Wohnungen von Claudia und Wolfgang beginnen die Durchsuchungen, die stundenlang andauern. Zwei weitere Wohnungen werden kurz heimgesucht, in denen Menschen gemeldet sind, die bei Claudia oder Wolle angetroffen wurden. Der Keller von Benzingus darf nun auch vom Staatsschutz besichtigt werden.





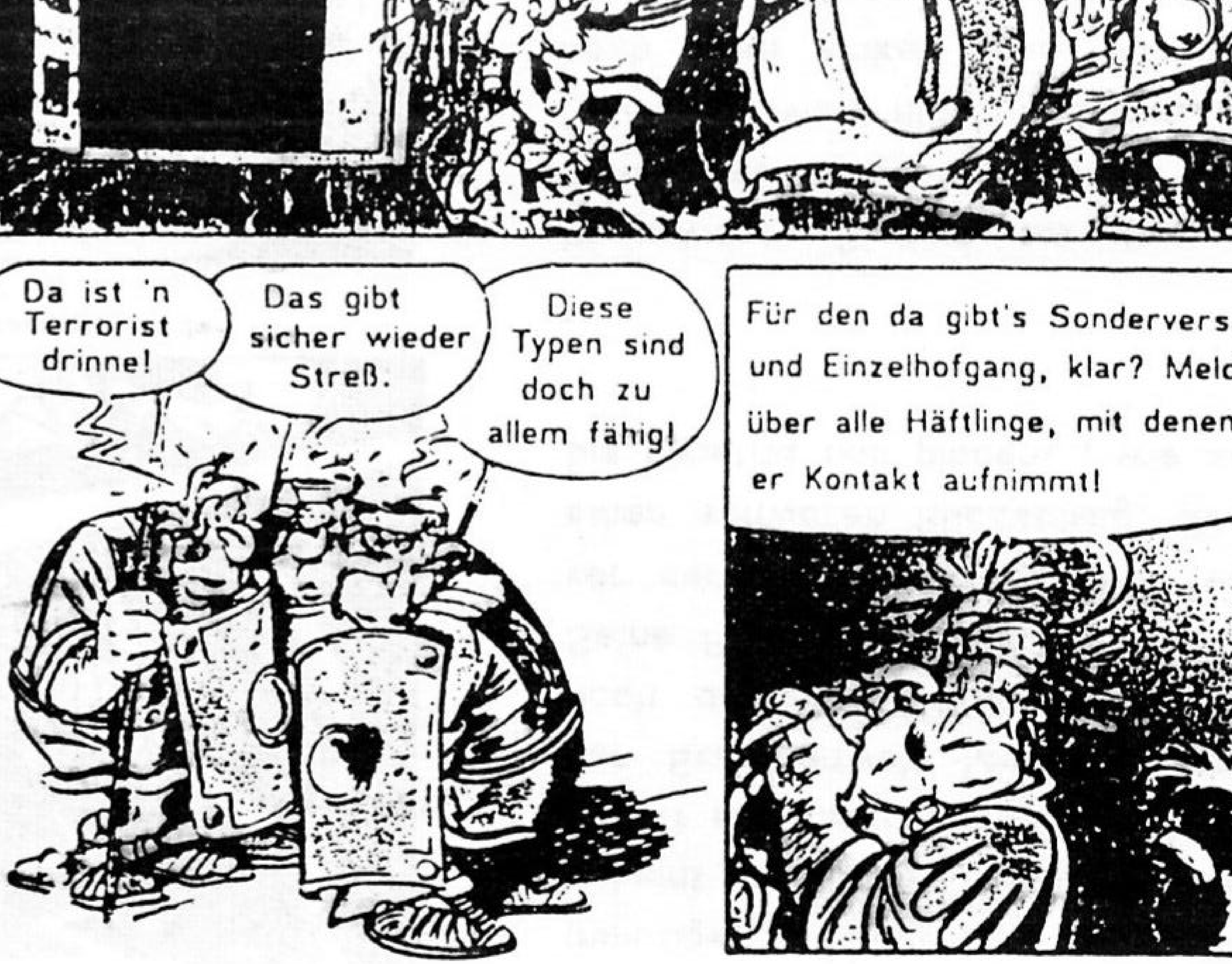
Während Staatsschützer die Wohnungen durchwühlen, werden alle dort anwesenden sechs Personen festgenommen. Kurz danach wird anderswo auch Wolfgang Behlinguix ergriffen. Während fünf Leute abends wieder freigelassen werden, ergeht gegen Claudia und Wolfgang Haftbefehl - nach §129, "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". Die Unterstützung soll den "Amazonen" zuteil worden sein, die der Richter am Kammergericht - hierin bescheidener als die Staatsanwaltschaft - nicht als "terroristisch" definieren will.





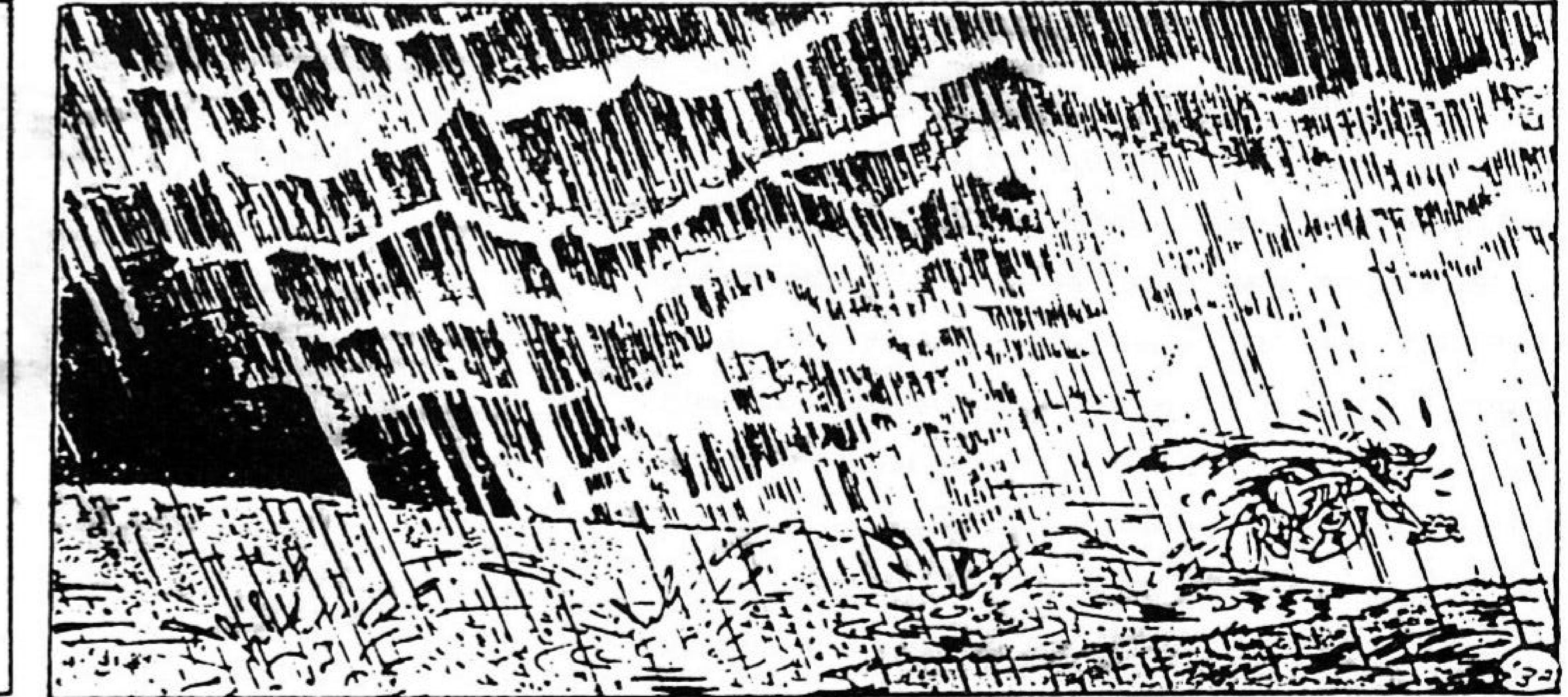
Claudia kommt in den Frauenknast Plötzensee, Wolfgang nach Moabit (hier Archivbilder). Beide werden in den ersten Wochen in Isolationshaft gehalten: Trennscheibe, Kontrolle der Anwaltspost, keine Gemeinschaftsveranstaltungen, Einzelhofgang und andere kleine Gehässigkeiten. Bald finden die ersten Knastkundgebungen statt, die in Zukunft immer wieder für Stimmung in den beiden Knästen sorgen. Obwohl der Haftbefehl "nur" auf §129 basiert, ermittelt Oberstaatsanwalt Ludwigslus weiter fleißig nach §129a, im Bestreben, Terroristisches zu finden im Wirken der "Amazonen" und damit logischerweise in der angeblichen Unterstützungstätigkeit der beiden Festgenommenen. Seine Bemühungen bezüglich weiterer Indizien und die Auswertung der bei den Durchsuchungen beschlagnahmten Sachen verlaufen jedoch insgesamt eher schleppend und nicht übermäßig erfolgreich, obgleich selbst das BKA bemüht wird.





Es dauert gar nicht lange, da hat Oberstaatsanwalt Ludwigslus jeden Ehrgeiz bezüglich des Verfahrens verloren. Mag sein, daß seine regelmäßigen Mißerfolge bei 129a-Verfahren in der Vergangenheit ihn entmutigt haben... Jedenfalls sinnt er nach Möglichkeiten, den Fall loszuwerden. Und in der Tat, rein zufällig ereilt ihn die rettende Idee!





Mit der ausgesprochen wässrigen Begründung, die "Amazonen" seien ja gar nicht "terroristisch", u.a. weil sie ja nur Überschwemmungen verursachten, die im §129a nicht als terroristische "Katalogstraftat" aufgeführt sind, gibt also Oberstaatsanwalt Ludwigslus das Verfahren an Staatsanwalt Mehlissus am Landgericht ab. Die AnwältInnen bekommen nun Akteneinsicht, die Haftbedingungen von Claudia und Wolfgang bessern sich nach und nach und nach...
Dessen ungeachtet mobilisert die Szene zu Solidaritätsaktionen. Veranstaltungen und VVs werden durchgeführt, zum 129a, zum Hungerstreik, zum Ingrid-Strobl-Prozeß, zu Claudia und Wolfgang und wozu nicht noch alles....





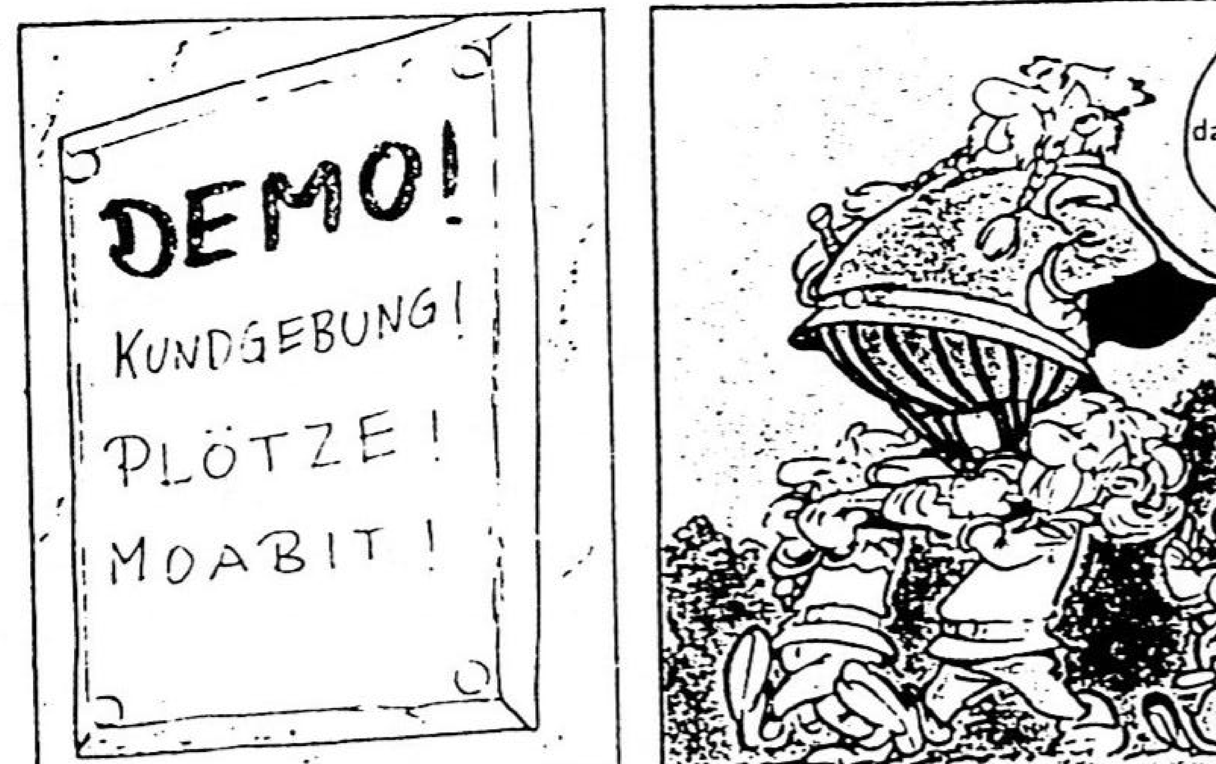
Demos und Kundgebungen zu den Knästen in Plötzensee und Moabit gibt es alle paar Wochen, von verschiedenen Gruppen organisiert; mit Musik und Infos für die Gefangenen. Dabei werden neue Wege der verbotenen und erlaubten Kontaktaufnahme erprobt, wie z.B. eine Dia-Show (verboten) und Live-Musik (erlaubt). Es versammeln sich zwar nicht die Massen vor den Knästen, doch Stimmung gibt es meistens auf beiden Seiten der Mauern!

Dieweil feilt Staatsanwalt Mehlissus an der Anklageschrift. Nach langem Überlegen und reiflicher Abwägung des Sachverhaltes läßt er eine Anklage meißeln, die auf 13 Seiten den Erkenntnisstand vom 17.Dezember 1988 wiederspiegelt. Am 21.April 1989 wird die Anklage erhoben. Umgehend erfolgt eine Haftprüfung. Erstaunlicherweise werden Claudia und Wolfang freigelassen per Haftverschonung, nachdem sie insgesamt 100.000 Mark Kaution locker aus dem Ärmel geschüttelt haben. Der Staatsanwalt beschwert sich energisch, doch vergebens beim Kammergericht...

Und ein Blick in die (nahe) Zukunft:

Es beginnt der Prozeß gegen Claudia Orlowskyline und Wolfang Behlinguix, der zweifellos in der gewohnt sachlichen und unvoreingenommenen Atmosphäre stattfinden wird, die politische und auch manch andere Prozesse in diesem unseren Lande auszuzeichnen pflegt. Richter und Staatsanwalt empfinden dabei gleichermaßen die Anwesenheit von Verteidigern als Störung des Prozeßklimas, geht es doch darum, präventiv und exemplarisch den militanten Widerstand zu politischen Themen und allgemein zu verurteilen, nicht aber sich an irgendwelchen Verschleppungs-Beweisanträgen abzuarbeiten.

Die Umkehrung der Beweislast zuungunsten der Angeklagten und die ständige Behinderung der Verteidigung sind kaum eine Erwähnung wert, weil so üblich; interressant ist da schon eher der Versuch der Staatsanwaltschaft, die Verflechtung des Verfassungsschutzes und die politischen Hintergründe der Verhaftungsaktion auszublenden. Stattdessen will sie mithilfe einzelner Indizien und der Aussage von Benzingus ein Exempel statuieren und allgemeinpolitisch Stimmung machen.



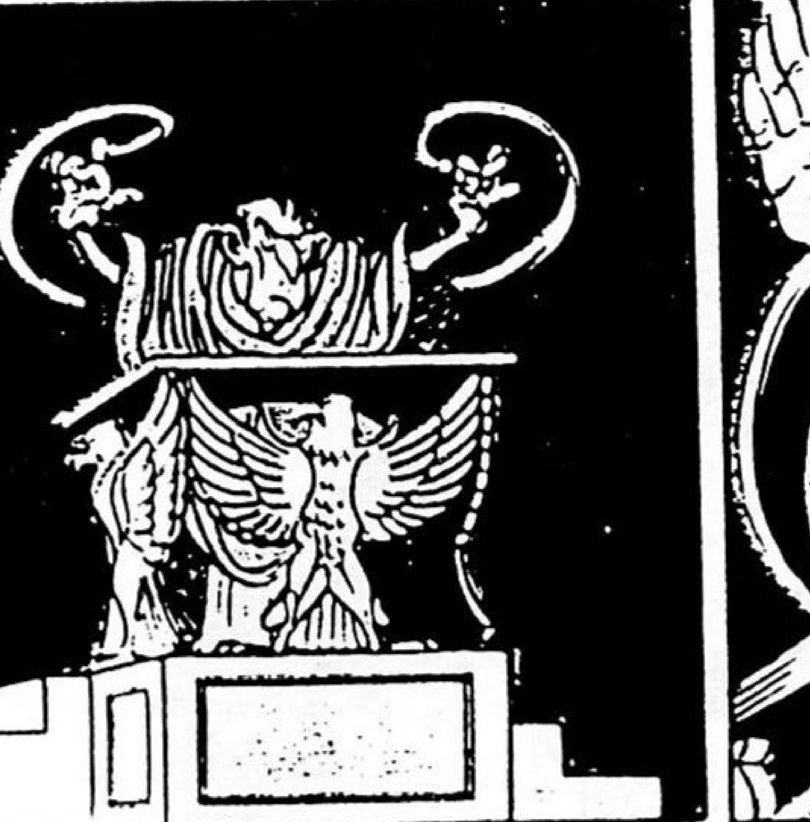






*Lat.: So seid nun verständig, ihr Könige, laßt euch warnen, ihr Richter auf Erden!

*Staatsanwalt





*Lat.: Carthago muß zerstört werden







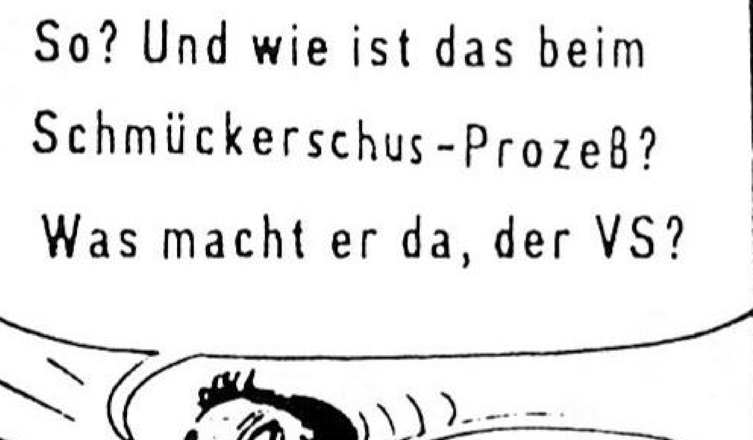
Daß der Prozeßverlauf unter diesen Bedingungen nicht den Wünschen der Verteidigung entspricht, versteht sich von selbst. Dennoch kann sie und vor allem die Angeklagten selbst an einigen Punkten sowohl juristisch-formal wie auch politisch einiges klarstellen und dafür sorgen, daß die Staatsgewalt per Staatsanwaltschaft nicht ungestört ihren Prozeß machen kann. Das sympathisierende Publikum aus dem "linksextremistischen Umfeld" steuert auch seinen Teil dazu bei, durch laute Meinungsäußerungen und lautstarkes Verlangen nach der Vernehmung des Zeugen Benzingus.

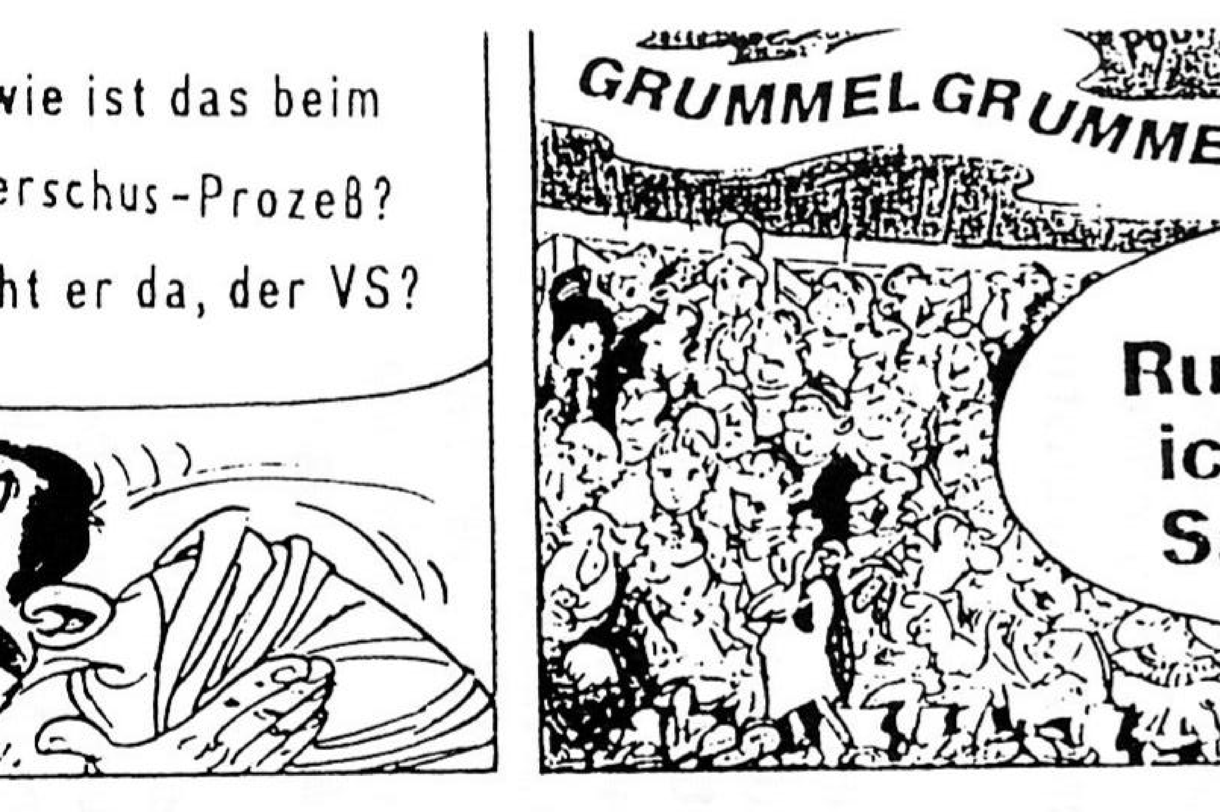
Das hindert den Staatsanwalt nicht daran, seine abwegigen Thesen zu diesem und jenem zu äußern und eine Verurteilung Claudias und Wolfgangs wegen jenem und diesem zu soundsoviel Jahren zu verlangen. Er ist darum besorgt, daß wenigstens ein bißchen was rauskommt bei dem ganzen Verfahren, ohne daß dabei neue Skandale entstehen. Ein deutliches Zeichen gegen den Linksextremismus soll gesetzt werden, scheint hier doch der erste juristische Schlag gegen die Berliner "Terrorszene" seit vielen erfolglosen Jahren der Dürre greifbar nahe...

Doch unerwarteterweise, trotz eines mehrminütigen Plädoyers des Staatsanwaltes, scheint draußen die Sonne, und der Prozeß nimmt ein überraschendes Ende. Damit hatte der Staatsanwalt Mehlissus auch in seinen noch düstereren Fantasien nicht gerechnet. Seine Pläne zum Schutze des Rechtsstaates vor der blutigen Kralle des Terrors erleiden einen schweren Rückschlag. Gescheitert, und bis repetita non placent , wie schon erwähnt!

In gewissen Sicherheitskreisen ist die Stimmung nach diesem Skandal-Urteil auf dem Nullpunkt, was nicht bedeutet, daß sie nicht noch tiefer sinken kann. Dies deutet sich in gewissen, noch unkonkreten Äußerungen bereits an, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen...





















Und, wie könnte es anders sein: Ein großes Freudenfest bildet den Abschluß dieses abenteuerlichen Schauspiels, das sich zwischen Komödie, Tragödie und Farce tummelt. Die Machenschaften von Verfassungsschutz und Staatsschutz in Richtung Geheimpolizei gehen natürlich weiter, ebenso wie die Erfindung "anschlagsrelevanter Themen", die Angriffe auf Protestierende und Widerstehende (auch unter rot-grün, versteht sich), doch auch der Protest und der Widerstand geht weiter, in Kreuzbergum, St.Paulum, Frankfurtum, Wackersdum...



Wir wollen alle auch mal in Palästen wohnen...

Großzügige Drei- bis Sechszimmerwohnungen, Top-Zustand, Parkettfußböden, Kachelbäder, Zentral- oder Ofenheizung ganz nach Wunsch, und allesamt zu Mieten wenig über 4 DM pro Quadratmeter. Ein Traum für große Familien und andere Wohngemeinschaften. Sie haben nur einen Fehler: Ihre Lage am Wedding.

Anderswo in der Stadt ließe sich gut und gerne das Dreifache an Miete daraus herausschlagen. Weddinger ArbeiterInnen könnten soviel aber nicht ausgeben, und finanzstarke Schickies gehn für solche Preise lieber MalocherInnen aus Kreuzberg verdrängen. Nur eine "Lösung" verspricht, was Kapital und Staat sich wünschen: Abriß und hinterher Neubau von Sozialwohnungen für deutsche Facharbeiterkleinfamilien. Bei Kostenmieten um 20 DM fließt genügend Kohle, und die braven Kleinfamilien wären mit den subventionierten Sozialmieten gerade so bis an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit belastet. Familien mit vielen Kindern aber bleiben als abschreckendes Beispiel in ihren Zweieinhalbzimmerlöchern. Ihnen wollen die Bonzen große Wohnungen vor der Nase wegreißen lassen.



Noch steht das Haus an der Freienwalder Straße 36/37 (Nähe Biesentaler). Seinen Abriß hat die Baumafia für Anfang 1990 ins Auge gefaßt.

Früher gab es vor der Zerstörung von Wohnhäusern immer Probleme mit der MieterInnenvertreibung. Angesichts von schwerkündbaren Dauermietverträgen blieb den SpekulantInnen und Stadtplanern oft nur der Rückgriff auf solch unschöne Aktionen wie Brandstiftung und das Verrottenlassen von Häusern. Seit sich die Mittelschicht wieder fürs Wohnen in der Innenstadt interessiert, geriet durch soetwas das Vertrauen gerade dieser staatstragenden Bürger in die Gerechtigkeit von Staat und Kapital ins Wanken. Auch der damals im Verlauf der Entmietung unvermeidliche Leerstand wurde zum Politikum.

Inzwischen gibt es darum für die betroffenen Wohnungen befristete "Zwischennutzungsverträge" (Früher undenkbar, denn Industriebonzen fürchteten zu Zeiten von hohem ArbeiterInnenbedarf ein durch häufigen Zwang zum Umzug entwurzeltes und verunsichertes Proletariat). So erfüllen sie vielfältige Funktionen:

-- Für die Unterbringung und Befriedung von Berberinnen und Trebern sind sie preiswerter und unauffälliger als die übliche Lagerhaltung in Heimen und Pensionen. Nach Vertragsende tragen die ZwischennutzerInnen ihre Klamotten ins nächste Sanierungshaus.

-- "Sinnvoll für den Eigentümer, indem in der Zeit bis zum Sanierungsbeginn sein Wohneigentum instandgehalten, vor Verwahrlosung, Diebstahl und Zerstörung geschützt wird" (So der "Kiezdach e.V.", ein Ableger des Vereins SO36, letzten April zur Begründung seiner Forderung nach Zeitmietverträgen an Wohnungslose).

-- Im Rahmen der "Behutsamen Stadterneuerung" wird Leuten der Umbau ihrer Wohnungen aufgeschwatzt. Die Monate des extremsten Lärms und Drecks verbringen sie in Zwischennutzungshäusern.

Das Zusammenspiel von EigentümerInnen, Behörden und MieterberatungsGmbHs ermöglicht bei geschickter Staffelung dieser Zeitmietverträge den schlagartigen Leerstand eines ganzen Hauses. Abriß oder Modernisierung können ohne Ärger mit den LangzeitmieterInnen beginnen, denn die waren über Jahre scheibchenweise rausgedrängelt, rausgekauft oder gar selbstständig ausgezogen, ohne daß auch nur eine einzige Wohnung für nennenswerte Zeit leerstand. Die schließlich modernisierten oder neugebauten Buden werden von den Umstrukturieren ganz nach Gutdünken vergeben.



In der Freienwalder 36/37 wohnen nach drei Jahren Entmietung inzwischen überwiegend Familien mit Zwischennutzungsverträgen. Wie auch von den AutoschlosserInnen im trotz Brandstiftung gut nutzbaren Hofgebäude fordern die Verträge von ihnen den Auszug Anfang 1990. Anschließend will Firma Gutzeit, die Eigentümerin, ihre Bagger gegen die Drei- bis Sechszimmerwohnungen rollen lassen. Dabei würden (sicher nicht nur) die betroffenen Familien zum Beispiel mit fünf Leuten lieber dort wohnen (bleiben), als in ihre ehemaligen Wohnungen zurückziehen. Denn die werden zur Zeit durch Modernisierung deutlich verteuert, sind aber immer noch zu klein für sie. Allein: Diese Möglichkeit stand im ach so "einvernehmlichen" Sozialplanverfahren nicht einmal zur Diskussion.

Sie sollen sich ihre Verfahren in die Krawatte wickeln!

Stephanuskirche
Kirchhof
PA 58
Prinzenallee
Zusammen können wir uns nehmen (und erhalten), was wir brauchen.
Soldiner Str.
Biesentaler Str.
Pankstraße
<--zum U-Bhf Pankstraße
B 4
PA 24 (BDP)
Wriezener
Hier isses!!
F 36/37!
Freienwalder
Grüntaler
Fabrik O 12
Zorrow G38
<--zum U-Bhf Osloer
Osloer Str.
DDR--->
Stettiner
Str.

Volxküche B4

Wir machen am 15.7. erneut eine Volxküche vor der Biesentaler 4. Es wird türkisches Essen geben und, was uns wichtig ist, auch eine Person, die wichtige Infos auf türkisch, evtl. noch kurdisch übersetzen kann. Im Anschluß daran (Essen, Diskussionen) werden wir wieder einen Film zeigen.

Nochmals kurz zu den Ereignissen mit der B 4. Nach dem Straßenfest am 20. Mai wurde das Haus kurzfristig besetzt. Die Bullen erschienen ne halbe Stunde später mit ner Hundertschaft, einschließlich Schäferhunden, machten sich aber die halbe Nacht lang mit ihrer Armada lächerlich, da die BesetzerInnen das Haus längst unbemerkt verlassen hatten. So wurde die Bullenaktion zur tumpen Machtdemonstration, die die erste Barrikade im Wedding seit langem zur Folge hatte.
Mit der ersten Vokü vor dem Haus, eine Woche später, wollten wir die Diskussion um die gelungene Aktion vom 20.5. und die Umstrukturierung in der Biesentaler fortführen. Obwohl das Haus selbst von seinem "Besitzer" absolut unbewohnbar gemacht wurde (s. Fotos, keine Fenster, Installationen sind rausgerissen, Böden teilweise, wie auch das Dach geöffnet), gab es zu dieser Vokü, wie auch während den Aktionen gegen die Rep-Delegiertenversammlung im Weddinger Rathaus, massives Bullenaufgebot. Baumafia und SPD-Bezirksbehörden haben klar Angst davor, daß die bisher für sie so einfach manövrierbaren weddinger (wie auch anderswo) MieterInnen plötzlich Widerstand leisten könnten.
Wir sehen das Vorgehen der Bullen-Baumafia an der B 4 natürlich auch im Zusammenhang mit der Stategie des SPD/AL-Senats zu den besetzten Häusern, die trotz kosmetischer Verbalien (sog. Unterscheidung in leditime und nicht gerechtfertigte Besetzungen, was andererseits auch der Versuch von Spaltung ist) keinen Unterschied zur rigorosen Abräumpolitik des CDU/FDP-Senats darstellt. Neuestes Beispiel hierfür ist das Fränkelufer 30, wo die "Mißstände" mit Gertig mehr als offensichtlich waren, so daß sie auch erstmal nicht räumten. Was sie dann als Beispiel für ihre "differenzierte Räumungspolitik" verkauften. Letztendlich wird dann doch geräumt, weil der SPD/AL-Senat hausbesetzungen zwar als symbolischen Akt des auf Mißstände aufmerksam machens für sich benutzen will, aber einen Kampf um selbstbestimmten Wohn- und Lebensraum genauso zu verhindern sucht wie der alte Senat.
WIR WERDEN UNS ABER NICHT FUNKTIONALISIEREN LASSEN! WIR WOLLEN ALLES, UND ZUERST DIE HÄUSER! IN DENEN WIR LEBEN !!!

Sogar nach Angaben der MoPo fehlen in Berlin 70 000 Wohnungen (das ist die offizielle senatsstatistik laut Volksaushorchung 87.) die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein. Trotz dieser von privater Spekulanten- und Baumafia sowie sogenannten gemeinnützigen und senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften künstlich geschaffenen wohnungsnot sollen allein im Wedding 500 Wohnungen im nördlichen Kiez abgerissen werden. Wohnungen mit guter Bausubstanz z.T. sogar mit Duschen oder Bädern.
Diese Wohnungen gehören zumeist der Klingbeil-Spekulantengruppe GeSoBau und DeGeWo, deren dreckige Geschäftemacherei ist vielen Mietern und Mieterinnen bestens bekannt. Schon seit Ende der 70er Jahre kommt es in Häusern dieser Gesellschaften zu unerklärlichen Dachstuhlbränden, willkürlichen Zerstörungen von Bausubstanz und anderen unerklärlichen Geschehnissen zu Lasten der Mieterinnen und Mietern. Alte Ausgaben der Weddinger Neuen Zeitung sind voll davon.

Wegen der immer aktuellen, von den Baukapitalisten aus Profitinteresse künstlich geschaffenen Wohnungsnot, wegen ständig steigender Mieten für viel zu kleine Wohnungen fürchtet der orange-grüne Senat eine erneute Zuspitzung der MieterInnenproteste, der Wohnungseigentumsfrage und des Häuserkampfes. Auf diesem Hintergrund ist ein Abrißstop nur eine rein taktische Beschwichtigungsmaßnahme und nur vorläufig. Langfristig ist aber das Interesse der Parteien an einem guten Einvernehmen mit dem Wohnungsbaukapital für ihre Politik bestimmend.

VOLXKÜCHE 15.7. IN DER BIESENTALERSTR. 4
(U-Bahnhof Pankstr.)
...Essen, Infos, Filme... 20 Uhr

KEINE RÄUMUNG DER MARCH/EINSTEINUFER!
HAFENSTR. UND NOSTIZSTR. BLEIBEN!!
SOLIDARITÄT MIT DEN 1.MAI-GEFANGENEN!!!

HER MIT DER B4, DER O 192 UND DER MARIANNE!!!

AUF DEM FOTO SIEHT FRAU/MANN DIE B4 NACH INSTANDSETZUNGSMAßNAHMEN



KREUZBERGERINNEN RAUS ZUR VOLXKÜCHE AM 15.7. 20 UHR IM WEDDING!!!

Die historischen Seiten!

Von der Geschichte lernen

Dieser Abdruck aus der Märkische Viertel Zeitung sollte eigentlich schon im Winter zu Ehren des Leila-Khaled-Zentrums in die Interim. Leider kam der klammheimliche Abzug der RevolutionärInnen aus dem Zentrum dazwischen. Heute verbindet sich damit ein Gruß an das Schweinemensa-Kollektiv an der Fabeck-Straße. Rein optisch siehts dort ja ganz so ähnlich aus wie damals im Merkwürdigen Viertel...

Die Halle

DIE HALLE VOM KÖNIGSHORSTER WEG!

Seit etwa mitte Februar steht die Fabrikhalle der Bautischlerei am Königshorster Weg leer da. Der Pächter, Herr Seiffert, hat den gesammten Betrieb aufgegeben und ist in neue Räume weiter nördlich umgezogen.

Heute bietet die ungeschützte und leerstehende Halle ein Bild des Chaos. Sie befindet sich in einem abrissähnlichen, baufälligen Zustand und die Zerstörungen nehmen noch täglich zu. Das Bezirksamt als Verfügungsberechtigter lehnt für die Zerstörungen alle Verantwortung ab, aber unternimmt auch nichts, um weiteren Verfall zu verhindern. Trotzdem die Halle jetzt endlich für eine sinnvolle Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung steht, kein Grund zur Freude, wenn man mit ansehen muß, wie man eine erst 7 Jahre alte Halle verkommen läßt. Wissen die Herren im Bezirksamt, daß das Volksvermögen ist, was man dort verkommen läßt? Oder will man den Verfall absichtlich, um die Verantwortung für eine bevölkerungsfreundliche Sozialarbeit von sich wegschieben zu können?

Diese Halle, die inzwischen so in Vergessenheit geraten ist, daß sich kaum noch jemand dafür interessiert, stand im Mittelpunkt der Ereignisse vom 1. Mai 197o:

Hunderte von Einwohnern des MV, Kinder, Jugendliche und Erwachsene demonstrierten für ihre Rechte. Gemäß den Versprechungen des Bezirksamtes (Ilse Reichel) sollten verschiedene Initiativgruppen dort ein sinnvolles Freizeitprogramm für Kinder und Jugendliche gestalten können. Mit allen möglichen Tricks gelang es dem Bezirksamt, dies zu hintertreiben.

1. Schritt: Ein Teil der Demonstranten in der Halle wurden kurzerhand als Kriminelle hingestellt und entsprechend behandelt; massiever Einsatz bewaffneter Polizeikräfte auch gegen Frauen und Kinder.

2. Schritt: Langandauernde Stafprozesse mit Geld- und Gefängnisstrafen für die Beteilgten und die aussagenden Zeugen.

3. Schritt: Einschleusen von Polizeispitzeln in Elterninitiativgruppen, aushorchen der Kinder, Einschüchterung der Eltern.

4. Schritt: Beschlagnahme der MVZ, um jede sachliche Information auszuschalten und solidarisierung mit den Demonstranten zu verhindern.

Diese Taktik hatte letztlich Erfolg. Denn die Bürgerinitiativen wurden in dem Maße stärker gestört und behindert, als sie begannen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen und immer mehr Hilfe der Mitbewohner im MV bekamen.

Hier muß gesagt werden, daß die damalige spontane Aktion deshalb Mißerfolg haben mußte, weil wir die Möglichkeiten des Senats unterschätzt hatten. Es muß also klar werden, daß verhältnismäßig kleine und noch zu wenig mit der gesamten Bevölkerung des MV verbundene Aktionen immer wieder abgewürgt werden können. Das zeigt uns aber die Notwendigkeit, aus den Vorgängen zu lernen. In Zukunft das weitere Vorgehen von Senat, Bezirksamt und GeSoBau genau zu beobachten. Für jede Aktion im Kampf gegen Mietwucher, Lohnraub, Verschlechterung im Sozial- und Ausbildungswesen muß eine genaue Einschätzung der beteiligten Gruppen und ihrer Kräfte vorliegen, damit man abschätzen kann, wie weit man mit den Forderungen und wie hoch die Beteiligung sein kann. Die Diskussions- und Informationsmöglichkeiten müssen weiter ausgebaut werden, wozu unter anderem auch die MVZ als Informationsquelle für die betroffenen Bürger gehört.

Damit soll gezeigt werden, daß es nicht vergeblich gewesen sein kann, am 1. Mai 197o für die berechtigten Forderungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen den Kopf hingehalten zu haben, sondern es sollte klar werden, daß man auch aus einer Niederlage lernen kann, besser als bisher weiterzumachen.

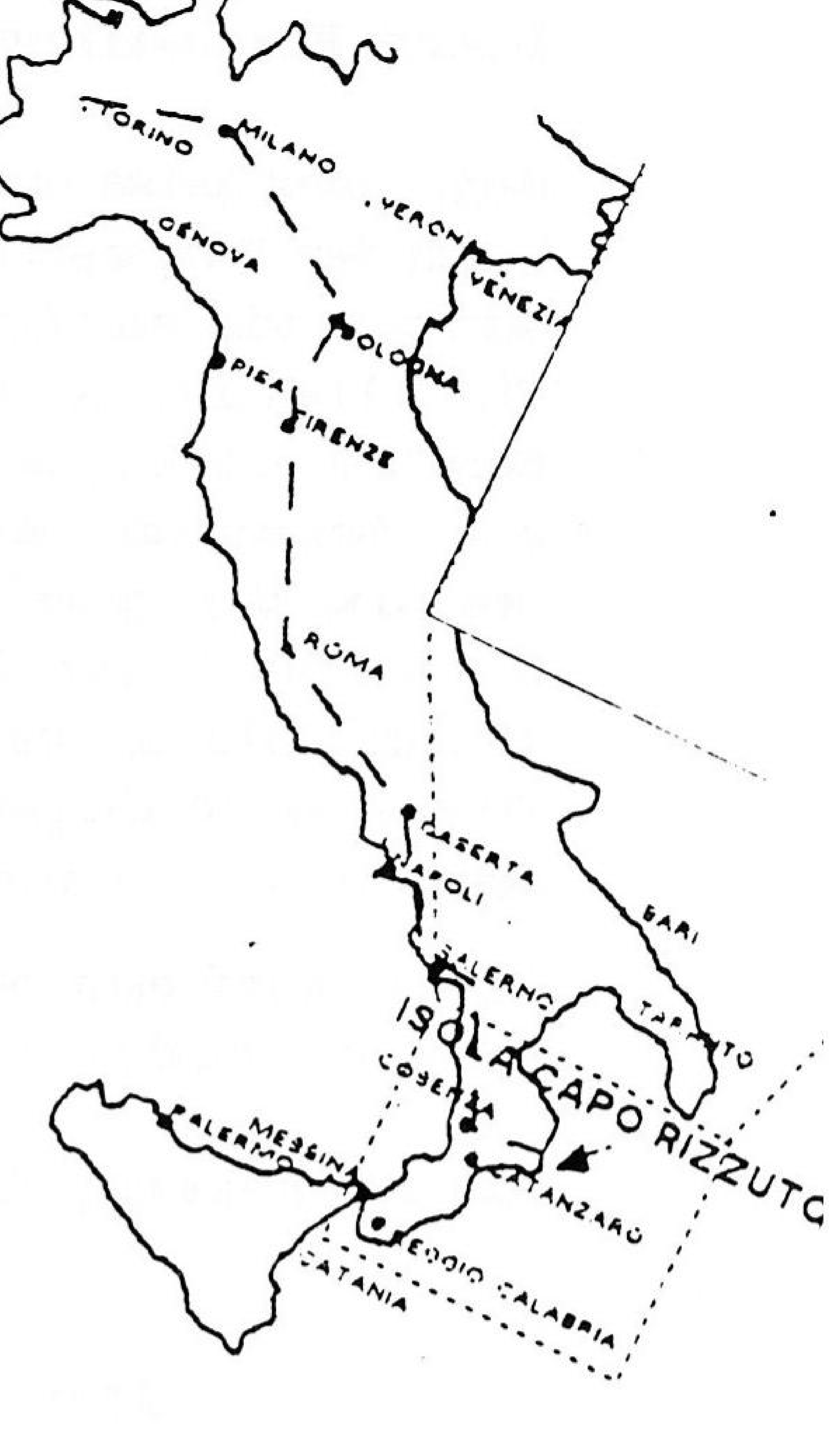
MVZ
März '72

Text und Fotos sind übrigens aus dem Rororo-Taschenbuch Nr.6812 mit dem schönen Titel "Wohnste sozial, haste die Qual" geklaut. TrägerInnen des MieterInnen-Widerstands im MV Anfang der Siebziger erzählen darin von ihren Aktionen damals, auch vom Zusammengehen und den Konflikten mit "StudentInnen" aus der Innenstadt. Eine spannende Geschichte. Dummerweise ist der Band allenfalls noch irgendwo im Antiquariat zu haben.

Es wär schade, wenn die Texte der Bewegung verloren gingen.



EINLADUNG ZUM SOMMERCAMP GEGEN DEN BAU DER NATO-BASE IN ISOLA CAPO RIZZUTO VOM 29.7. - 6.8. '89



Im Sept. '88, während der Kampagne gegen IWF und Weltbank, hatten wir die Möglichkeit; uns mit den verschiedenen Erfahrungen aus den antagonistischen Bewegungen Europas kennenzulernen. Es war kein Zufall, dass unser Zusammentreffen genau in jenen Tagen erfolgte, in welchen zwei wichtige Faktoren miteinander verbunden waren: einerseits die internationale Kampagne gegen IWF/Weltbank, andererseits erfolgte unser Zusammenkommen in den Strassen Berlins während der direkten Teilnahme an den Kampfaktionen. Deshalb laden wir euch ein, an der Mobilisierungs- und Widerstandswoche gegen die Installierung der NATO-Kampfflugzeuge F-16 auf dem Flughafen S.Anna in Isola Capo Rizzuto (keine Insel!) teilzunehmen: wir laden euch ein, um gemeinsam gegen die NATO zu kämpfen, die uns alle betrifft, und um unsere Erfahrungen aus den verschiedenen antagonistischen Bewegungen Europas auszutauschen.

Konkret schlagen wir folgende Diskussionspunkte vor:

*Boikottkampagnen gegen Israel und Südafrika: internationalistische Solidaritätsprojekte mit den Völkern Palästinas, Azanias und Zentralamerikas, jeweils mit Schwerpunkt auf der Realisierung neuer, gemeinsamer Projekte.

Koordinierung der Iniziativen gegen die Verschuldung der Trikontländer, gegen die Multis, gegen IWF/Weltbank.

*Auseinandersetzung über Realität und Erfahrungen der kämpfenden feministischen Bewegungen Europas.

*Repression und Knast in Europa, gemeinsame Angriffspunkte im Hinblick auf die Koordinierung repressiver Politik nach 1992.



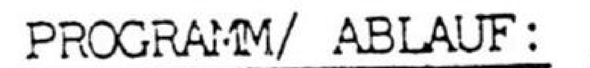
Das Camp findet auf dem Zeltplatz "S.Paolo" statt, pro Person muss mit Lit.6000 gerechnet werden, die nötigsten Dinge müsst ihr selbst mitbringen (Zelt, Schlafsack, etc. Die Küche organiseiren wir selbst, d.h., wir werden uns in Gruppen aufteilen, die sich jeweils um's Geldauftreiben, Einkaufen, Kochen, Abwaschene etc. kümmern werden. Die Abende auf dem Hauptplatz werden nicht verplant sein, sodass es Einzelnen und Gruppen möglich sein wird, Videos, Ausstellungen, Performances etc.zu zeigen. Diese Personen/Gruppen sollten sich jeweils im Voraus melden und sich an der Organisierung der betreffenden Abende beteiligen.
Wie ihr euch wohl vorstellen könnt, wird die Sprache ein Problem sein, deshalb rufen wir alle diejienigen auf, sich an der Sommeriniziative zu beteiligen, die mehr als eine Sprache sprechen.

Wie kommt ihr an den"Campeggio di lotta contro gli F-16/NATO"
AUTO/MOTORRAD: Autobahn A1-A2(autostrada del sole) Bologna, Firenze, Roma,Caserta-Nord, Salerno bis zur 1. Ausfahrtvon Cosenza, dann Richtung Sila-Crotone,

InCrotone angekommen, weitere 14Km Richtung Süden(Catanzaro), ihr fahrt an der Baustelle des F-16 Stützpunktes vorbei und erreicht Capo Rizzuto. Im Dorf findet ihr Wegweiser zum Campingplatz "S.Paolo", welcher am ion. Meer liegt.

ZUG: entweder Schnellzug Richtung Reggio Calabria od. Richtung Catania-Siracusa-Palermo; in Lamezia-Ter[illegible] aussteigen und den Lokalzug nach Catanzaro-Taranto nehmen, aussteigen in Capo Rizzuto.

PROGRAMM/ ABLAUF:



29.7. Ankunft und Unterkunft auf dem Zeltplatz
30.7. Hauptversammlung - Vorstellung der Teilnehmer/innen - Einführungsbeiträge zur Kampagne gegn die F-16 und zur Militarisierung Süditaliens
31.7.-5.8. Aktions- und Propagandaveranstaltungen , u.a. Blockierung der Baustelle des Luftstützpunktes
6.8. Hiroshima-Tag: Marsch gegen die F-16 und Abschlussveranstaltung auf dem Hauptplatz

* Jeden Abend finden auf dem Hauptplatz ab 21.00 Diskussionen, Veranstaltungen etc. statt, Austausch der verschiedenen Realitäten und Erfahrungen der Anwesenden.
* Das Camp ist selbstbestimmt, das Programm der Veranstaltungen und deren Aenderungen werden in den täglichen Sitzungen des Camps entschieden.

Der Zeltplatz liegt am ionischen Meer, ein sauberes Meer unter Lehmwänden und Mittelmeermacchia, eingetaucht in die Farben und Düfte Kalabriens, umgeben von offenen und natürlichen Leuten, die in den Jahren '50-'70 das Land besetzten und die sich heute dagegen wehren, dss ihnen dasselbe enteignet wird, um einer Militärbase der NATO Platz zu machen.

COORDINAMENTO NAZIONALE ANTIIMPERIALISTA ANTINUCLEARE

Weitere Informationen:

* RADIO ONDA ROSSA, Via dei Volsci 56, ROMA Tel: 06/491750
* RADIO SHERWOOD, Vicolo Ponte Corvo 1, PADOVA Tel: 049/8752129

Liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen.

Nach einer Reise durchs Land, angestiftet von der Frage, wer jetzt wie nach dem 12.5.89, nach dem Abbruch des Hungerstreiks der politischen Gefangenen - nach vielen Gesprächen und ersten Briefen von drinnen schicken wir euch/Ihnen einen Text.
Wir wollen ihn als Anzeige in die Frankfurter Rundschau setzen, am 12.8. Wir brauchen Unterschriften mit Berufs-/ Arbeitsplatzangabe, einzeln und/oder als Gruppe/ Organisation, bis zum 25.7. Wir wünschen uns eine Verbreitung des Papiers, durch Buchläden, Kirchengemeinden, Kulturstätten, Unis, Kneipen - die Verbreitung kann jede/jeder an ihrem/seinem Platz selbst.
Die Anzeige kostet Geld. Wer unterschreibt, soll mit der Unterschrift Geld überweisen: Als einzelne/r 10 Mark, als Gruppe 100,-. Sonst gehts nichts. Das Geld bitte an Christian Geissler, Stichwort "Anzeige '89", Kreis- und Stadtsparkasse Leer-Weener, Girokonto 102-083615, BLZ 2855 0000.
Wenn etwas übrigbleibt, geben wir es an die Gruppe der Angehörigen der Gefangenen für ihre Weiterarbeit.

Dieser Brief geht an viele. Die sprechen wir gerne persönlich an. Uns bleibt aber jetzt nicht die Zeit dazu. Wir finden, es eilt. Wir schicken Grüße, (gez. Sabine Peters, Christian Geissler)

Sabine Peters, Christian Geissler, Aaltuikerei 180, 2955 Dollart

WIR WOLLEN DEN PROZESS

nach dem abbruch des hungerstreiks in den knästen am 12-5-89 gehen wir jetzt, jeder mit seinem namen, an die öffentlichkeit. wir fordern den freien raum, um mit den gefangenen zusammen den prozess zu machen, um den sie kämpfen. selbst außerhalb der hoch=sicherheitstrakte und nicht betroffen vom weggeschlossensein ins verstummen und verschweigen, nehmen wir den schrei der gefangenen auf und fordern die unzensierte, freie information und kommunikatio jetzt sofort. das heißt, wir fordern zuallererst, nach fast zwanzig jahren abtrennender isolation, die dauerhafte begegnung aller politischen gefangenen an einem platz. die gefangenen wollen den prozess der diskussion, des lernens, wollen den vorgang der vielfältigen gegenseitigen wahrnehmung. nach ihrer erfahrung geht der nicht einzelhaft privat, sondern nur gemeinsam. sie wollen/wir wollen aufbrechend die entdeckung nächster vernünftiger entschei=dungen kollektiv, um wieder leben und sich entwickeln zu können wie menschen. also ist die zusammenlegung jetzt ganz unerläßlich. ein gefangener hat nach dem abbruch rausgeschrieben: darauf läufts raus, daß man/frau in der kommunikation wieder ganz er mensch wird. also bedürfnis, grad gucken, atmen. und so ist alles, was die gefangenen einander nahbringt, was sie konkret zusammenbringt, gut. alles ist richtig, was die vollzugsamtliche machination der spaltung, störung, blockierung, verzögerung, irritierung zwischen drinnen und draußen und zwischen drinnen und drinnen abschafft. von den zahllosen angriffen auf unsre kommunikation nennen wir hier nur wenige. immer wieder richten sich jetzt besuchsverbote ausdrücklich gegen die, die die politische debatte mit den gefan=genen wollen. in bruchsal nehmen sie einem gefangenen durchschlag- und kohlepapier. sie sagen, er darf nur noch für 2o,- briefe schreiben im monat. in stammheim verzögern sie die post um wochen. die kindergeschichte von einer schriftstellerin erreicht eine gefangene nicht wegen angeblicher konspiration. in celle werden besuche vorzeitig abgebrochen. wir werden uns gegen dieses zerstörungsinteresse öffentlich wehren. wir wollen unser interesse durchsetzen. wir werden lernen, wie das geht. das ist unsre vernunft und unsre liebe für das leben und für die arbeit von menschen. wir wollen den prozess, mit den gefangenen zusammen, kontinuierlich unnachgiebig zuversichtlich. briefwechsel briefwech=sel, besuche besuche, längere besuche, noch längere besuche, gruppenbesuche, jetzt einfach neuartig unsre zusammenkünfte. wir wollen das durchsetzen, gegen den beton. denn wir sagen, es ist eine lebensgefahr jetzt akut, drinnen und draußen, wenn wir nicht aufstehen und losgehen gegen die verletzung von menschlichem recht. unser menschenrecht drinnen und draußen ist der freie anblick, das freie wort zueinander. aus diesem gedanken, denken wir, werden wir viele sein. werden hier viele dies unterschreiben. werden wir aufbrechen.

christian geissler, schriftsteller
luggi lugmeier, schriftsteller
sabine peters, schriftstellerin
gaby schmidt-leffers, bioladen
hanna weyler, zahnarzthelferin

Do 13.7. 19.00 MieterInnen + Häuserkampfplenum, westberlinweit in der Nostizstr. 49 (bis auf weiteres jeden Donnerstag)

Fr 14.7. 20.00 HABERFELD gegen die Wegschließgesellschaft, Vortrag eines Redakteurs der libertären Gefangenzeitung Haberfeld über das Knastblatt + seine Einschätzung zum Hungerstreik, im A-Laden Rathenower Str. 22 1/21

19.00 Kiezküchen in der Wrangel 90 und im A-Normal Willibald Alexisstr. 17

21.00 Solifete des JobberInnen-Plenums im KOB

Sa 15.7. 11.00 **Hafenstraßen-Demo in Hamburg,** Treffpunkt: Mönckebergstr./Hohe Petrikirche, die Demo geht zum Hafen, zur Demo gibts ein letztes Vorbereitungstreffen am Freitag um 19.00 in der Volxküche Hafenstraße, für den 24.7. ist eine Begehung in der Hafenstr. angekündigt.

18.00 "Nein zum Europa der Monopole", Video, Informationsabend + Diskussion im Mehringhof

21.00 Solifete für Prozeßkosten in der SFE, s. Rückseite

20.00 Volxküche in der Biesentalerstr. 4, s.Flugi

So 16.7. 14.00 Kiezküche im Syndikat Weisestr.56

18.00 Kiezküchen im Anfall Gneisenau 64 + A-Normal Willibald-Alexis 17

Mo 17.7. 20.00 Nachbereitungs **VV** zum Rep-Parteitag im Versammlungsraum Mehringhof

Außerdem droht der Wagenburg auf dem Mariannenplatz hinter der Kirche

Mi 19.7. 18.00 JobberInnen Plenum im Drugstore, Potsdamerstr. 180

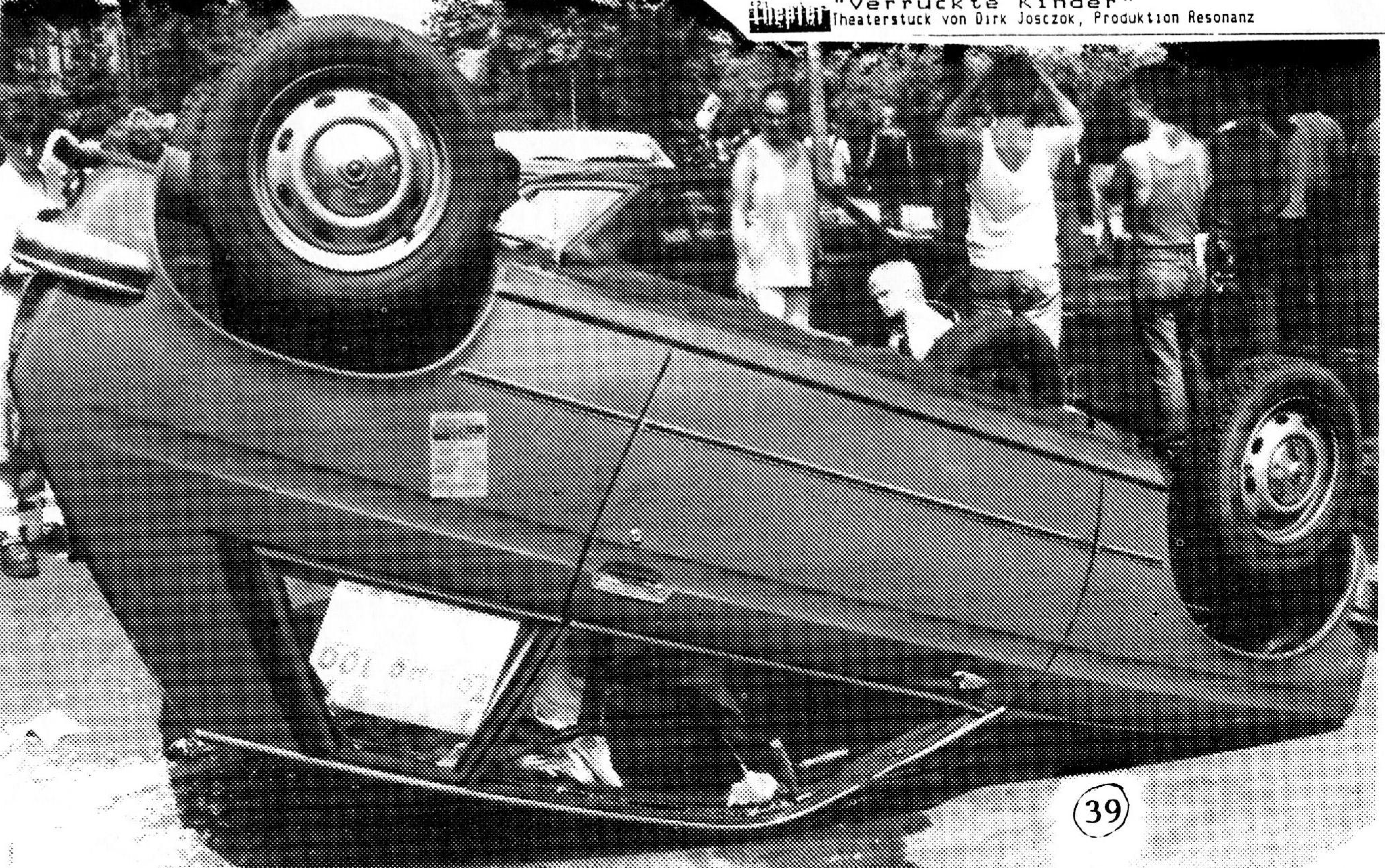
20.00 "Thesen zu Palästina", Diskussion über die Palästina-Solidarität. Wie sinnvoll ist ein Boykott Israels? Was können wir von Berlin aus tun? Und das Video "Jhatila"- die Zerstörung eines palästinensischen Lagers im Libanon.

Do 20.7. 19.00 MieterInnen + Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49

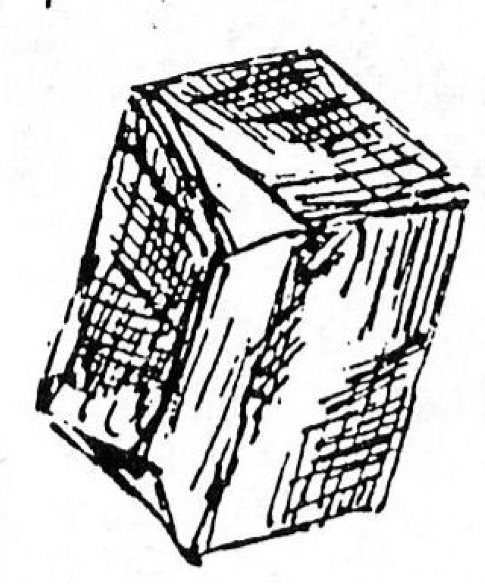
Vom **28.7.-6.8.** Widerstandscamp gegen den Bau der Nato-Basis in Isola Capo Rizzuto

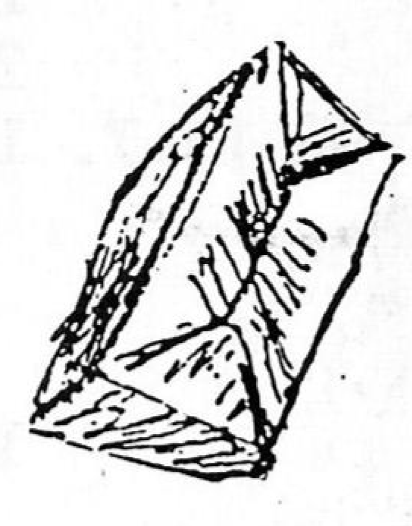


Tag		Programm	Zeit
13. Do.	16mm kino	"Die Affäre Aldo Moro" Italien 1986, farbe, 110 Min. Guiseppe Ferraro	19.00 + 23.00
	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstuck von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
14. Fr.	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstuck von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
	GROSS video	"Moderne Zeiten" USA 1936, 84 min. s/w. Charles Chaplin	23 00
15. Sa.	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstuck von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
	GROSS video	"Moderne Zeiten" USA 1936, 84 min. s/w. Charles Chaplin	23.00
16. So.	GROSS video	"1984" GB 1984, 111 min, Michael Radford	19.00
	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstuck von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
18. Di	GROSS video	"Sie würden uns gern' im Knast begraben" BRD 89, s/w 58 min. Die sogen. Terrorismusverfahren von Stammheim bis Strobl	19.00
	GROSS video	"Der Kondor kehrt zuruck" BRD 89, Farbe 60 min. Peru am Vorabend der Revolution	21.00
19. Mi.	16mm kino	"Der Lord von Barmbeck" BRD, Farbe, 105 Min. Ottokar Runze; *Er bestahl nur die Reichen und war mit den Armen gut Freund*	19.00 + 23.00
	16mm kino	"Die Affäre Aldo Moro" Italien 1986, farbe, 110 Min. Guiseppe Ferraro	21.00
20. Do.	16mm kino	"Die Affäre Aldo Moro" Italien 1986, farbe, 110 Min. Guiseppe Ferraro	19.00 + 23.00
	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstuck von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00



SOLIFETE FÜR PROZESSKOSTEN





Am 14. April ''86 war der amerikanische Bomberangriff auf Libyen. Der Anschlag vom 7.4.86 auf das "La Belle" in Berlin wurde von Reagen als Vorwand für die Bombadierung benutzt. Ein offensichtliches Ziel war Ghaddafis Hauptquartier, wo er und seine Familie mit Verwandten wohnten. Kasernen und die Hauptstadt Tripolis wurden angegriffen. Aus Protest gegen diese Schweinerei der Ammis gab es am 15.4. eine Demo. Am gleichen Abend flogen einige Steine gegen eine Bank. Wolfgang wurde verhaftet. Es folgte ein fast dreijähriger Prozess:

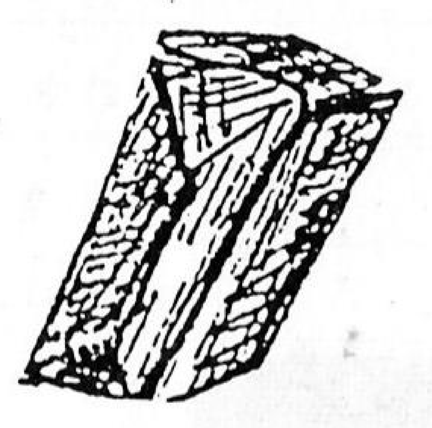
Zum ersten Mal wurde er am 29.1.87 vom Schöffengericht wegen besonders schweren Falls von Landesfriedensbruch mit gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu 8 Monaten auf 3 Jahre Bewährung verurteilt.

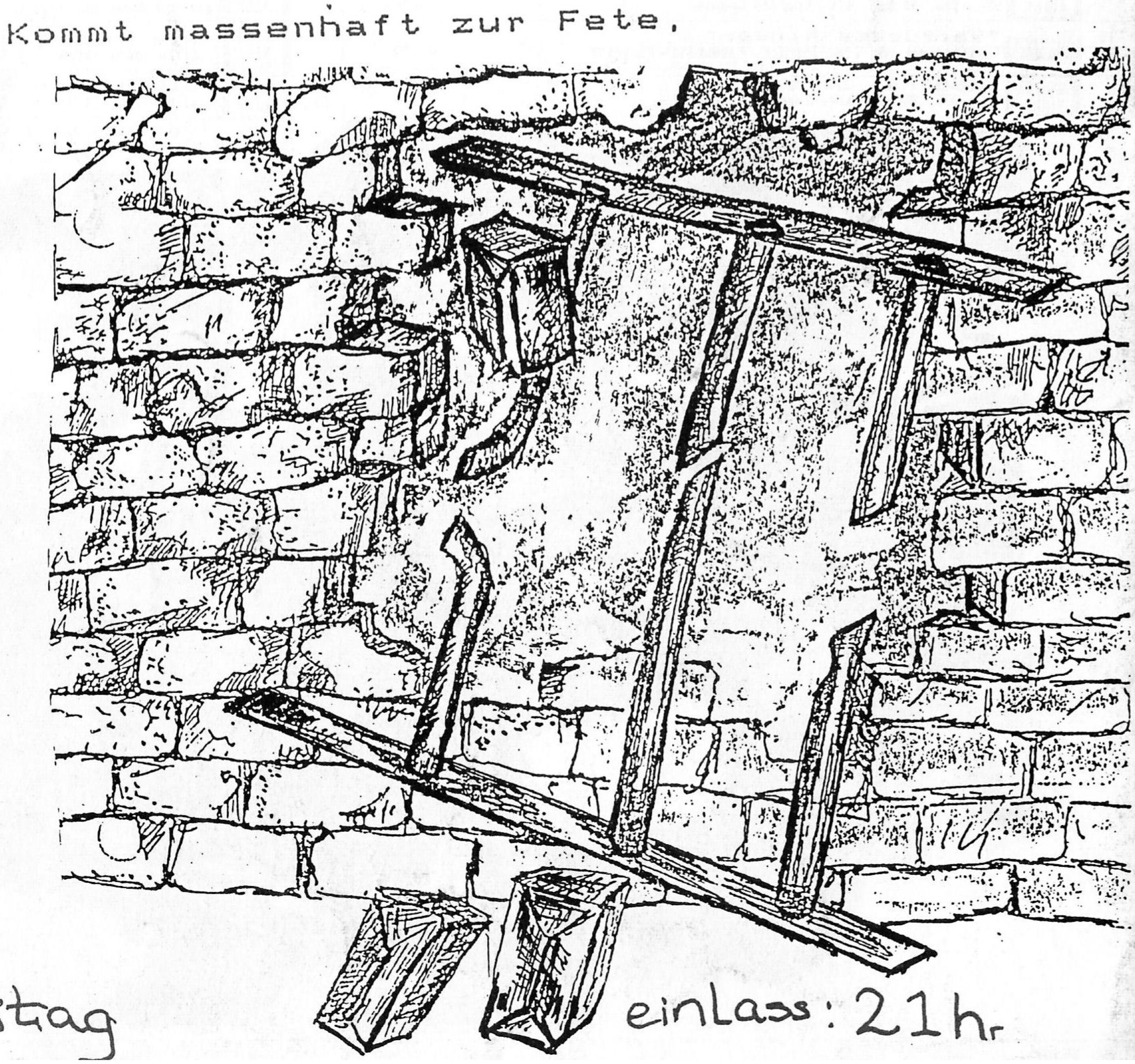
Am 5.4.88 wurde er vom Landgericht wegen Landesfriedensbruch verurteilt, das Urteil aber in der Höhe bestätigt. Der Richter stellte einen Bezug zur Demo her und unterstellte Wolfgang eine politische Motivation, obwohl noch nicht einmal seine Teilnahme an der Aktion bewiesen werden konnte.

Deshalb hob das Kammergericht die Höhe des Urteils (21.1.88) auf und es wurde an das Landgericht zurückverwiesen.
Das endgültige Urteil vom 8.5.89 lautete Geldstrafe von 150 Tagessätzen 'a 15 DM wegen Landesfriedensbruch und Sachbeschädigung.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landesfriedensbruch gab es "nur" eine Verurteilung zu einer Geldstrafe. Durch diesen langen Rechtsstreit entstanden sehr hohe Anwalts- und Gerichtskosten.

Kommt massenhaft zur Fete.





S.F.E

Disco

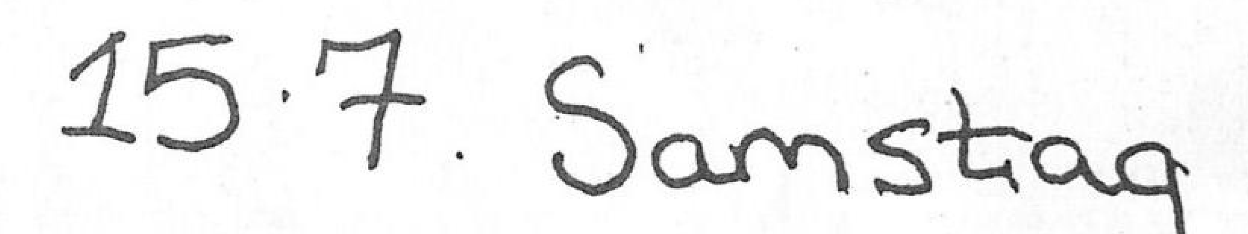
Essen

Filme

und

Kalte

Getränke



15.7. Samstag

einlass: 21 h.